



Bank  
für Sozialwirtschaft

# Geschäftsbericht 2013





# Bericht über das 91. Geschäftsjahr 2013

Berlin und Köln

# Perspektive

An aerial photograph of a city, likely taken from an airplane window. The city is densely packed with buildings and green spaces, with a prominent stadium visible in the lower right. The sky is a clear, deep blue, and the horizon is visible in the distance. The image is slightly blurred, suggesting motion or a shallow depth of field.

Das 90-jährige Jubiläum, das die Bank für Sozialwirtschaft AG im Jahr 2013 feiern konnte, legt es nahe, für die Gestaltung dieses Geschäftsberichtes das Thema Perspektive zu wählen. In der Regel sind es Zukunftsperspektiven, die unser Handeln bestimmen. Immer wieder aber ist es auch sinnvoll, den Blick auf die Geschichte unserer Bank zu richten. Woher kommen wir, wer sind wir – und wohin wollen wir?

Um diese strategische Frage zu beantworten, ist eine Betrachtung vieler Aspekte unter verschiedenen Blickwinkeln notwendig. Dabei kann es sehr hilfreich sein, ungewöhnliche Sichtweisen einzubeziehen, wie sie etwa Szenarien ermöglichen. In erster Linie jedoch dürfen wir den Blick für das Wesentliche nicht verlieren.

Das Wesentliche sind unsere Kunden.

Ohne sie hat die Bank für Sozialwirtschaft AG keine Perspektive.

# Inhaltsverzeichnis

4	Zur strategischen Ausrichtung
6	BFS auf einen Blick
8	Aufsichtsrat
9	Organe
10	Zentralbeirat
14	Bericht des Vorstandes
14	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
19	Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft
26	Lagebericht 2013
34	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
39	Entwicklung der verbundenen Unternehmen
44	Bericht des Aufsichtsrates
50	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013
52	Gewinn- und Verlustrechnung 2013
54	Anhang 2013
67	Bestätigungsvermerk
68	Geschäftsstellen und Repräsentanzen

# Zur strategischen Ausrichtung

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die 1923 gegründete Bank für Sozialwirtschaft AG nicht nur ihr 90-jähriges Jubiläum gefeiert. Sie erzielte auch das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Den langfristigen Erfolg der Bank – in den letzten Jahrzehnten verlief die Geschäftsentwicklung kontinuierlich positiv – sehen wir in einem engen Zusammenhang mit unserem nachhaltigen Geschäftsmodell: Die Kernaufgabe der Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich in den vergangenen 90 Jahren kaum verändert. Damals wie heute steht das traditionelle Bankgeschäft mit Unternehmen und Organisationen aus den Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit.

Erheblich vergrößert haben sich seit der Gründung sowohl das Leistungsspektrum als auch die Zielgruppen der Bank für Sozialwirtschaft AG. Dabei haben die Entwicklungen der politischen und finanzierungsrelevanten Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ebenso eine Rolle gespielt wie gravierende Veränderungen im Bankenmarkt. Unser Selbstverständnis jedoch ist dasselbe geblieben: Wir sind Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, wenn es um Finanzierungsfragen geht.

Unser Ziel ist es, durch attraktive Angebote, partnerschaftliche Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung das qualitative und quantitative Wachstum unseres Unternehmens fortzusetzen. Die Erfolgsaussichten dafür schätzen wir als sehr positiv ein.

Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gelten angesichts der Bedarfsentwicklung in der Bevölkerung als Wachstumsmärkte. In den nächsten Jahren erwarten wir erhebliche Veränderungen in der Versorgungsstruktur, die politisch ebenso wie gesellschaftlich gewollt sind. Diese bringen unter anderem eine wachsende Inanspruchnahme von Geldern des Banken- und Finanzmarktes mit sich. Die damit verbundenen Entwicklungen verfolgen wir kontinuierlich und richten sowohl unsere Finanzierungsangebote als auch unsere Instrumente zur fundierten Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle frühzeitig darauf aus.

Eine zunehmende Zahl unserer Kunden können wir davon überzeugen, dass die Risikobewertung von Finanzierungsvorhaben, die bei der Bank für Sozialwirtschaft AG durchgeführt wird, ihren eigenen Interessen ebenso entgegenkommt wie unseren. Ein Blick auf die aufsichtsrechtlichen Regularien, die den Banken eine wesentlich differenziertere Risikomessung als früher vorgeben, zeigt uns, dass wir mit dieser Strategie für die Zukunft gut aufgestellt sind.

Neben den Marktveränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat im Berichtsjahr die Umsetzung von Entscheidungen auf europäischer Ebene intern sehr viel Kapazität gebunden. Das betraf die geplante Realisierung des europäischen Zahlungsverkehrsraums SEPA zum 1. Februar 2014 ebenso wie die Einführung des europäischen Bankenaufsichtsrechts zum 1. Januar 2014. Auf beides war die Bank für Sozialwirtschaft AG am Jahresende 2013 sehr gut vorbereitet.

Um die Basis für das weitere Wachstum unserer Bank zu verbessern, sind wir zurzeit dabei, unsere organisatorischen Strukturen und Abläufe zukunftsfähig zu gestalten. Ziel ist es, in den nächsten beiden Jahren die internen Prozesse, insbesondere an den Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge, so zu optimieren, dass die Kundenbetreuung weiter gestärkt wird. Zugleich haben wir im Berichtsjahr erste Maßnahmen umgesetzt, um die Bank als attraktive Arbeitgeberin im zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu positionieren.

In welchen Feldern wir außerdem im Geschäftsjahr 2013 aktiv waren und wo wir für 2014 Projekte gestartet haben, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand



Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt



Dietmar Krüger

# BFS

## auf einen Blick

	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	8.669,6	7.314,7	1.354,9	18,5
Eigengeschäft	8.494,5	7.139,7	1.354,8	19,0
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	349,3	304,8	44,5	14,6
Forderungen an Kreditinstitute	514,5	13,3	501,2	3.768,4
Wertpapiere	3.009,2	2.507,1	502,1	20,0
Forderungen an Kunden	4.901,2	4.486,7	414,5	9,2
Treuhandkredite	175,1	175,0	0,1	0,1
Einlagen von Kreditinstituten	1.412,2	1.544,8	-132,6	-8,6
Einlagen von Kunden	6.412,6	4.979,7	1.432,9	28,8
• täglich fällig	5.120,9	3.643,9	1.477,0	40,5
• Festgelder	1.104,1	1.274,1	-170,0	-13,3
• davon Sparbriefe	46,0	41,1	4,9	11,9
• Spareinlagen	187,6	61,7	125,9	204,1
Zinsüberschuss	136,8	127,4	9,4	7,4
Provisionsergebnis	3,9	4,1	-0,2	-4,9
Betrieblicher Aufwand	-59,4	-54,9	-4,5	8,2
Betriebsergebnis	87,4	82,8	4,6	5,6
Jahresüberschuss	61,8	55,0	6,8	12,4







# Aufsichtsrat

**Wolfgang Altenbernd**

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund  
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

**Martina Arends**

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin  
(Mitglied des Aufsichtsrates seit dem 17. Mai 2013)

**Christian Graf von Bassewitz**

Bankier i. R., Hamburg

**Dr. Robert Batkiewicz**

Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland, Köln

**Dr. Matthias Berger**

Wirtschaftsprüfer  
Waldshut-Tiengen

**Dr. Norbert Emmerich**

Bundesschatzmeister, DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium, Berlin  
(Mitglied des Aufsichtsrates seit dem 17. Mai 2013)

**Dr. Jörg Kruttschnitt**

Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal  
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin  
(Mitglied des Aufsichtsrates seit dem 17. Mai 2013)

**Hans-Jörg Millies**

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg im Breisgau

**Hans-Peter Niemeier**

Mitglied des Vorstandes, AWO-Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V., Wirtschaft und Finanzen, Berlin  
(Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 17. Mai 2013)

**Dr. Ulrich Schneider**

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Gesamtverband e. V., Berlin

**Berthold Simons**

Kaufmännischer Direktor i. R., Berlin  
(Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 17. Mai 2013)

**Oberkirchenrat Pfarrer Johannes Stockmeier**

Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin

**Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch**

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Warth & Klein Grant Thornton AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden  
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

**Michael Warman**

Vorstand, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt am Main

**Professor Dr. Manfred Willms**

Bundesschatzmeister a. D., Kronshagen  
(Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat)  
(Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 17. Mai 2013)

# Organe

## Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln  
Dietmar Krüger, Köln

## Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln  
Oliver Luckner, Köln  
Prof. Dr. Harald Schmitz, Köln

## Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln  
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln  
Ulf Hartmann, Direktor Marktbereich Süd-/Westdeutschland (seit dem 1. Januar 2014)  
Joachim Helms, Direktor Marktfolge (seit dem 1. Januar 2014)  
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln (bis zum 31. Oktober 2013)  
Enrico Meier, Direktor Marktbereich Nord-/Ostdeutschland (seit dem 1. Januar 2014)  
Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln  
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln  
Klaus Schubert, Direktor Personal, Organisation und Recht (seit dem 1. Januar 2014)

## Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor Baden-Württemberg  
Michael Budi, Direktor Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (seit dem 1. Januar 2014)  
Thomas Dettweiler, Direktor Bayern  
Klaus Doblinger, Direktor Nordrhein-Westfalen (seit dem 1. November 2013)  
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln (bis zum 31. Oktober 2013)  
Thomas Nitzschner, Leiter der Geschäftsstelle Dresden  
Matthias Ninke, Direktor Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern  
Jan Peper, Direktor Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen (seit dem 1. Januar 2014)  
Eicke-Matthias Rost, Leiter der Geschäftsstelle Erfurt  
Stephan Sperling, Direktor Sachsen  
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

# Zentralbeirat

## **Dr. Stefan Arend**

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG,  
Unterhaching

## **Manfred Boos**

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung,  
UNICEF Deutschland, Köln

## **Dietmar Bühler**

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg  
im Breisgau

## **Andrea Büngeler**

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbe-  
reich Finanzen Organisation, Der Paritätische  
Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

## **Armin von Buttler**

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

## **Klaus Dahlmeyer**

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,  
Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

## **Thomas Doerr**

Geschäftsführer i. R. (seit dem 1. April 2013)  
(Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin)

## **Alfons Donat**

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe  
Katharina Kasper, Dernbach

## **Thomas Eisenreich**

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf,  
Hamburg

## **Alfred Felscher**

Geschäftsführer a. D. (Paracelsus-Kliniken  
Deutschland, Osnabrück)

## **Franz-Heinrich Fischler**

Direktor i. R. (Diözesancaritasverband für das  
Erzbistum Berlin e. V., Berlin)

## **Dr. Gabriele Girke**

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE  
Sachsen-Anhalt, Magdeburg

## **Dr.-Ing. Herbert Günther**

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Kranken-  
haus GmbH Sachsen, DRK Krankenhaus  
Chemnitz-Rabenstein, Chemnitz

## **Michael Hack**

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt  
Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH, Erfurt

## **Professor Dr. med. Udo Janßen, MBA**

Generaldirektor-Stellvertreter und Leiter des  
Finanz- und Controllingmanagements im  
Wiener Krankenanstaltenverbund, Wien (seit  
dem 13. Mai 2013)  
Geschäftsführender Vorstand a. D. (Deutsches  
Krankenhausinstitut, Düsseldorf)

## **Friedhelm Kamps**

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergs-  
werk, Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

## **Hartmut G. Knippscheer**

Vorstand a. D. (seit dem 1. Dezember 2013)  
(Martinhof Rothenburg Diakoniewerk, Rothen-  
burg)

## **Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik**

Vorstand a. D. (seit dem 1. Juni 2013)  
(FAKD Führungsakademie für Kirche und  
Diakonie, Berlin)



**Professor Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang**

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsge-  
nossenschaft Essen-Nord eG, Essen

**Oswald Menninger**

Geschäftsführer, DPWW – Deutscher Paritä-  
tischer Wohlfahrtsverband, Landesverband  
Berlin e. V., Berlin

**Andreas Niedermeier**

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,  
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

**Herr Dr. Peter Olijnyk**

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt  
Müritz e. V., Waren

**Thorsten Ostermann**

Geschäftsführender Gesellschafter  
OSTERMANN POTT & CIE., HEALTHCARE  
ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

**Christian Reuter**

Bundesgeschäftsführer, ASB Arbeiter-Samari-  
ter-Bund Deutschland e. V., Bundesverband,  
Köln

**Cornelia Rundt**

Vorstand a. D. (seit dem 19. Februar 2013)  
(Paritätischer Niedersachsen e. V., Hannover)  
(Mitglied des Zentralbeirates bis zum  
15. Februar 2013)

**Prof. Markus Schächter**

Intendant i. R. (Zweites Deutsches Fernsehen,  
Mainz)

**Klaus Schilling**

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehme-  
nsgruppe, Greifswald

**Bernd Schmitz**

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

**Elfi Scho-Antwerpes**

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln,  
Kreisgruppenvorsitzende, DPWW – Deutscher  
Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe  
Köln e. V., Köln

**Paul-Werner Schöndorf**

Provinzbeirat, Barmherzige Schwestern vom  
heiligen Kreuz, Kloster Hegne, Freiburg im  
Breisgau

**Werner Sigmund**

Präsident EVBB, Internationaler Bund (IB),  
Frankfurt am Main  
(Vorsitzender des Vorstandes (IB) a. D., seit  
dem 1. Januar 2013)

**Bernhard P. Späth**

Vorstand i. R. (seit dem 7. März 2013)  
(St. Josefshaus Herten, Rheinfelden)

**Leonhard Stärk**

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes  
Kreuz, München

**Bernd Weber**

Vorstand i. R., (Agaplesion gAG, Frankfurt am  
Main)





# Bericht des Vorstandes

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich im Berichtsjahr verlangsamt. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den vorangegangenen Jahren noch deutliche Anstiege verzeichnen konnte, fiel der Zuwachs im Jahr 2013 mit 0,4 % merklich geringer aus. Auch eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass die Wachstumsdynamik deutlich unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (2002 bis 2012) von 1,2 % lag. Ungeachtet dieser leichten konjunkturellen Abkühlung hat sich die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich im Jahr 2013 erneut gut behauptet, da zahlreiche andere europäische Länder, ebenso wie die Eurozone insgesamt, wieder ein schrumpfendes BIP aufwiesen.

Nach einem schwachen Jahresauftakt, der vor allem durch die schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den ungewöhnlich lange andauernden Winter bedingt war, ist die deutsche Wirtschaft ab dem zweiten Quartal 2013 wieder auf einen moderaten Wachstumspfad zurückgekehrt. Hierzu beigetragen haben insbesondere die nachlassende Unsicherheit über die Entwicklung des Euroraums und eine Belebung des Exportgeschäfts.

private und  
staatliche  
Konsumausgaben  
gestiegen

**Konsum einzige Wachstumsstütze** • Das Wirtschaftswachstum des Jahres 2013 wurde allein durch den Anstieg der Konsumausgaben getragen. Begünstigt durch die gute Lage am Arbeitsmarkt, steigende Reallöhne, eine sinkende Sparneigung der Bürger sowie eine Zunahme der monetären Sozialleistungen, stieg der Konsum der privaten Haushalte um 0,9 % gegenüber dem Vorjahreswert. Hinzu kamen positive Impulse durch die Senkung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Abschaffung der Praxisgebühr. Neben den privaten konnten auch die staatlichen Konsumausgaben mit einem Plus von 1,1 % deutlich gesteigert werden.

Demgegenüber lagen die Bruttoinvestitionen, welche sich im Wesentlichen aus den Ausrüstungsinvestitionen, den Bauinvestitionen sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, preisbereinigt mit 0,3 % unter dem Wert des Vorjahres. Ausschlaggebend hierfür war ein weiterer deutlicher Rückgang der Unternehmensinvestitionen in Bauten, Maschinen, Geräte und Fahrzeuge zu Beginn des Jahres. Im Jahresverlauf hat sich das Investitionsklima infolge der verbesserten wirtschaftspolitischen und konjunkturellen Entwicklung sowie der günstigen Finanzierungsbedingungen jedoch aufgehellt. Insgesamt betrachtet trug die Binnennachfrage 0,7 Prozentpunkte zum Anstieg des BIP bei.

**Außenhandel bremste das Wachstum** • Nachdem der grenzüberschreitende Handel in den Jahren 2010 bis 2012 eine wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland war, büßte er im Jahresdurchschnitt 2013 an Dynamik ein. So konnte anders als in den Vorjahren der Rückgang im europäischen Exportgeschäft nicht durch die Nachfrage aus Ländern außerhalb der Europäischen Union kompensiert werden. Zwar lagen die Exporte von Waren und Dienstleistungen preisbereinigt 0,6 % über dem Vorjahresniveau. Gleichzeitig fiel der Anstieg der Importe mit 1,3 % aber mehr als doppelt so hoch aus. Der daraus resultierende Außenbeitrag hatte folglich einen negativen Einfluss in Höhe von - 0,3 % auf das BIP-Wachstum.



**Arbeitsmarkt trotz dem moderaten Wachstum** • Der Arbeitsmarkt zeigte sich von der nachlassenden Wachstumsdynamik weitestgehend unbeeindruckt. Dies spiegelt sich vor allem darin wieder, dass die Erwerbstätigkeit sowie die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter gestiegen sind. Allerdings hat sich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 % erhöht. Große Unterschiede bestehen nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland. So lag die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 10,3 % deutlich über dem westdeutschen Niveau (6,0 %).

Zahl der Erwerbstätigen auf neuem Höchststand

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahresdurchschnitt 2013 um 456.000 oder 1,1 % auf 41,84 Mio. zugenommen und ist damit bereits das siebte Jahr in Folge auf einen neuen Höchststand geklettert. Wie in den Vorjahren war die Steigerung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 348.000 oder 1,2 % auf 28,92 Mio. Arbeitnehmer ebenfalls deutlich.<sup>1</sup> Wesentlich hierzu beigetragen haben eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie eine starke Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Staaten und den europäischen Krisenländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Die hierdurch bedingte Ausweitung des Arbeitskräfteangebots erklärt letztendlich auch, warum die Beschäftigung trotz leicht höherer Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

In der Differenzierung nach Bundesländern sind bis auf Sachsen-Anhalt überall Zunahmen festzustellen; am stärksten erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 2,6 % in Berlin. Auch die Betrachtung nach statistischen Wirtschaftszweigen zeigt überwiegend Zuwächse. Die größten Steigerungen konnten die Branchen Wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung; + 162.000 bzw. 5,1 %) sowie Gesundheits- und Sozialwesen (+ 83.000 bzw. 2,3 %) verzeichnen.

Steuereinnahmen und Sozialbeiträge merklich gestiegen

**Öffentlicher Gesamthaushalt weiter auf Konsolidierungskurs** • Nach einem Finanzierungsüberschuss von 2,3 Mrd. EUR im Jahr 2012 schloss der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – das Jahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einem leichten Defizit in Höhe von rund 1,7 Mrd. EUR ab. Gestützt durch die günstige Entwicklung von Binnenkonjunktur und Arbeitsmarkt sind die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge merklich gestiegen. Die Ausgaben legten allerdings, unter anderem bedingt durch höhere Pflegeversicherungsleistungen, das neu eingeführte Betreuungsgeld sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Kapazitäten im Bereich von Hochschulen und Kindergärten, noch etwas stärker zu.

Trotz des leichten Defizits sind die Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte an den Kredit- und Kapitalmärkten gesunken. Die Gesamtverschuldung lag am 30.09.2013 bei 2.024,2 Mrd. EUR.

<sup>1</sup> Weil für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Fertigstellung dieses Berichts noch keine Jahresdurchschnitte vorlagen, wurden die Juni-Werte herangezogen, die in der Regel nahe beim Jahresdurchschnitt liegen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2013.

Dies entspricht einem Rückgang von 1,9 % bzw. 39,9 Mrd. EUR gegenüber dem Ende des dritten Quartals 2012. Bedingt war die Reduzierung vor allem durch die Entwicklung bei den beiden so genannten Bad Banks „FMS Wertmanagement“ und „Erste Abwicklungsanstalt“, welche ihre Portfolios und damit den Schuldenstand verringern konnten.<sup>2</sup> Gemessen am nominalen BIP ergibt sich für das Jahr 2013 eine Defizitquote von 0,1 %. Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % zum dritten Mal in Folge deutlich unterschritten.

**Entschärfung der Staatsschuldenkrise** • Die europäische Staatsschuldenkrise – das bestimmende Thema der letzten Jahre – hat in 2013 an Brisanz verloren. Im Frühjahr konnte die Eurozone ihre sechs Quartale anhaltende Rezession überwinden. Gleichzeitig stieg das Vertrauen an den Finanzmärkten und in der Wirtschaft in eine Erholung der Konjunktur sowie eine schrittweise Überwindung der Krise. Insgesamt fiel die Konjunkturbelebung im Euroraum aber fragil aus. Wie die Zypern-Krise Anfang 2013 zeigte, blieben erhebliche Risikofaktoren für eine erneute Abwärtsbewegung bestehen. Zudem stellten sich an den Arbeitsmärkten der Krisenländer keine wesentlichen Verbesserungen ein. Die dortigen Arbeitslosenquoten befanden sich mit Rekordwerten von über 12 % weiterhin deutlich über den Vorkrisenniveaus.

EZB verschärft  
Stabilisierungs-  
maßnahmen

Aufgrund der auf wackeligen Füßen stehenden Konjunkturbelebung sowie eines niedrigen Preisdrucks im Euro-Währungsraum verschärfte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Stabilisierungsmaßnahmen erneut. So wurde der Leitzins für den Euroraum im Mai und November 2013 um jeweils einen Viertelprozentpunkt auf 0,25 % und damit auf den niedrigsten Stand seit Einführung des Euros gesenkt. Zudem folgte die EZB im Sommer 2013 mit dem Bekanntgeben einer Zinsorientierung für die Zukunft („Forward Guidance“) dem Kurs anderer großer Notenbanken. Hiermit garantierte sie ein niedriges Zinsniveau, solange Inflation, Wirtschaftswachstum und monetäre Dynamik auf einem niedrigen Niveau bleiben.

Ein Spiegelbild des konjunkturellen Verlaufs war im Jahr 2013 die Entwicklung der europäischen Gemeinschaftswährung Euro. Ausgelöst durch die Zypern-Krise verlor er im ersten Quartal des Jahres zunächst an Substanz. Anschließend erfolgte jedoch insbesondere in der zweiten Jahreshälfte eine Aufwärtsbewegung, so dass der Euro-Dollar Kurs am Jahresende mit 1,38 US-Dollar rund 6 US-Cent über dem Vorjahreswert lag.

**Anspannungen im Finanzsystem deutlich geringer** • Die Anspannungen im deutschen Finanzsystem haben im vergangenen Jahr deutlich nachgelassen. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch Reformfortschritte in den Euro-Krisenländern, die Institutionalisierung von Rettungsmechanismen sowie den geldpolitischen Maßnahmen der EZB, welche zu einer Reduzierung der systemischen Störungen im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise führten. Die verbesserte Lage darf jedoch nicht über nach wie vor bestehende große Risikofaktoren hinwegtäuschen. In

<sup>2</sup> Aktuellere Daten zur Staatsverschuldung (gem. Finanzstatistik) lagen bei Fertigstellung dieses Berichts noch nicht vor.  
Quelle: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 19.12.2013.

diesem Zusammenhang ist zum einen das Niedrigzinsumfeld zu nennen, welches mehr und mehr zu einer Belastung für das deutsche Finanzsystem wird. Zum anderen sind die Ansteckungsrisiken aus der noch nicht überwundenen europäischen Schuldenkrise nach wie vor als hoch zu bezeichnen.

Risikotragfähigkeit  
der großen deutschen  
Banken verbessert

Fortgesetzt hat sich im Laufe des Jahres 2013 der Trend einer verbesserten Risikotragfähigkeit der großen deutschen Banken. Sichtbar wird dies unter anderem am weiteren Rückbau des Verschuldungsgrades sowie höheren Kernkapitalquoten. Des Weiteren konnten die Forderungen gegenüber den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Ländern erneut deutlich reduziert werden. Gleichwohl ist nicht zu vernachlässigen, dass die Forderungen gegenüber den Schuldern aus den großen Volkswirtschaften Spanien und Italien nach wie vor substantiell sind. Allein die Forderungen gegenüber den öffentlichen Haushalten der beiden Länder betragen zur Jahresmitte 2013 noch rund 54 Mrd. EUR.

**Günstiges Finanzierungsumfeld für Unternehmen** • Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – abhängig von ihrer Bonität – waren im Jahr 2013 sehr günstig. So lag der ifo Kreditürdenindikator im gesamten Jahr auf einem niedrigen Niveau. Nur wenige Unternehmen berichteten über eine Einschränkung des Zugangs zu Bankkrediten. Hinzu kommt, dass die Zinsen für Unternehmenskredite im Jahresverlauf weiter auf einem niedrigen Niveau verharrten. Im Oktober 2013 lagen die Zinsen für langfristige Neukredite an Unternehmen im Durchschnitt bei rund 3,0 %.

Ungeachtet der guten Finanzierungssituation war die Kreditnachfrage vieler Unternehmen relativ zurückhaltend. Das Volumen der Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige lag im dritten Quartal 2013 mit insgesamt 1.282,8 Mrd. EUR rund 6,9 % unter dem Jahresendstand 2012. Betrachtet man die Entwicklung des Bestands an Unternehmenskrediten in den verschiedenen Bankengruppen, so lässt sich ein tendenziell größerer Rückgang bei den Groß- und Landesbanken als bei den Regionalbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken feststellen. Entgegen diesem allgemeinen Trend konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG ihren Kreditbestand im Jahr 2013 erneut deutlich ausbauen.

weniger Insolvenzen  
im Gesundheits- und  
Sozialwesen

**Weitere Entspannung im Insolvenzgeschehen** • Das weitestgehend freundliche Konjunkturmilieu sowie die finanziell verbesserte Stabilität der Unternehmen sorgten für Entspannung beim Insolvenzgeschehen in Deutschland. In den Monaten Januar bis Oktober 2013 wurden bei den Amtsgerichten 22.146 Unternehmensinsolvenzen gemeldet (Vorjahr: 24.208; – 8,5 %). Direkt betroffen waren von Insolvenzen im Unternehmensbereich rund 151.000 Arbeitnehmer/-innen. Entgegen dem Trend im Jahr 2012 waren auch die Insolvenzen im statistischen Wirtschaftsbereich Gesundheits- und Sozialwesen rückläufig. Hier wurden im betrachteten Zeitraum 490 Insolvenzverfahren gemeldet (Vorjahr: 575) und folglich 14,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der direkt betroffenen Arbeitnehmer/-innen lag bei etwa 4.900.

**Kapitalmärkte mit positiver Entwicklung** • Das vergangene Jahr verlief für die Kapitalmärkte ausgesprochen erfolgreich. Nach einer gedämpften Entwicklung in der ersten Jahreshälfte kletterten der deutsche Leitindex DAX sowie andere Aktienindizes auf neue Allzeithochs. Gründe hierfür waren unter anderem die weiterhin akkommodierende geldpolitische Ausrichtung der EZB, ausgeprägte Anleihekäufe der großen Notenbanken sowie die fortschreitende wirtschaftliche Erholung in den Industrieländern. Der DAX beendete das Jahr 2013 schließlich mit einem Stand von 9.552 Punkten, womit er gegenüber dem Vorjahresendstand einen Zuwachs von rund 25 % verzeichnen konnte.

Auf den Rentenmärkten hat sich die Lage im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2013 entspannt. Lediglich die Zypernkrisis sorgte im März 2013 für eine kurze Beunruhigung an den Märkten. Gestützt von einer abflauenden Risikoaversion der Investoren infolge der expansiven Geldpolitik sowie sich bessernder Konjunkturaussichten im Euroraum, waren in der zweiten Jahreshälfte auch Staatsanleihen aus der Euro-Peripherie wieder zunehmend gefragt. Bundesanleihen verloren hingegen im Jahresverlauf an Zuspruch. So lag die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit am Ende des Jahres mit 1,94 % 64 Basispunkte über dem Jahresultimo 2012.

leichtes Wachstum für  
2014 erwartet

**Ausblick 2014** • Die Konjunktur in Deutschland befand sich zum Jahresende 2013 auf einem moderaten Wachstumspfad. Für das Jahr 2014 wird jedoch wieder mit einem etwas anziehenden Expansionstempo gerechnet. Aktuelle Prognosen erwarten eine Steigerung der Wirtschaftsleistung zwischen 1,5 und 2,0 %. Bedingt durch eine allmähliche Belebung der Weltmärkte dürfte auch der Außenhandel in diesem Jahr wieder einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Dies setzt aber unter anderem voraus, dass die bestehenden Risiken, z. B. ein Aufflammen der Schuldenkrise im Euroraum, nicht schlagend werden.



# Bericht des Vorstandes

## Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft präsentierte sich im Berichtsjahr erneut als wachstumsorientierter und stabiler Wirtschaftszweig. In fast allen Leistungsbereichen sind ein Anstieg der Inanspruchnahme und ein Ausbau der Beschäftigung zu konstatieren. Gleichzeitig sank die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in allen Einzelgeschäftsfeldern.

Allerdings hemmt die Schwerfälligkeit der politischen Entscheidungsfindung nach wie vor die Bereitstellung und die Weiterentwicklung der Angebote. Hoffnung machen die Erfolge beim Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr. Hier zeigt sich, was erreichbar ist, wenn alle Beteiligten den notwendigen Gestaltungs- und auch Umsetzungswillen einbringen.

**Expansion des Leistungsvolumens setzt sich fort** • Die im Berichtsjahr erschienenen Statistiken zu den einzelnen Bereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft dokumentieren abermals eine Expansion der Leistungserbringung in den meisten Sektoren. Betrachtet man die Entwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2012, so erhöhte sich die Anzahl der Leistungsempfänger der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung um rund 4,8 %. In der gleichen Zeitspanne weiteten die Krankenhäuser die Anzahl der vollstationären Behandlungsfälle um etwa 3,3 % aus. Um ca. 3,2 % stieg die Zahl der Personen mit wesentlichen Behinderungsarten, die in einer Werkstätte für Menschen mit Behinderung beschäftigt waren. Es wurden rund 2,9 % mehr Kinder in Kindergärten, -krippen und -horten betreut, und die Anzahl der begonnenen Hilfen in Erziehungsheimen und sonstigen betreuten Wohnformen der Erziehungshilfe nahm um etwa 3,8 % zu.

weitere Expansion  
der Fallzahlen zu  
erwarten

In diesen und weiteren Geschäftsfeldern der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist auch in den kommenden Jahren mit einer Expansion der Fallzahlen zu rechnen. Hierfür sind unter anderem demografisch bedingt steigende Hilfebedarfe, ein sinkendes Unterstützungspotenzial durch Angehörige sowie zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts verantwortlich.

Entgegen dem allgemeinen Trend in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat sich im Bereich der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen das stationäre Leistungsvolumen zwar erneut rückläufig entwickelt. Allerdings war die Abnahme um lediglich 0,5 % im betrachteten Zwei-Jahres-Zeitraum 2010/2012 deutlich geringer als in den Jahren zuvor.

Auf regionaler Ebene sind weiterhin große Unterschiede in der Entwicklung der Leistungsvolumina in den einzelnen Geschäftsfeldern festzustellen. Beispielsweise hat die Anzahl der vollstationären Krankenhausfälle zwischen 2010 und 2012 prozentual besonders stark in Hamburg (+ 5,1%) und Nordrhein-Westfalen (+ 4,4 %) zugelegt. Die geringsten Zuwachsraten finden sich in Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,4 %) und Bremen (+ 0,7 %). Im Gegensatz zu den Vorjahren kam es aber in keinem Bundesland zu einem Rückgang der Fallzahlen.

**Wohnen und Pflege von Senioren: Der Umbau der Angebotsarchitektur schreitet voran** • Wichtige Erkenntnisse über die Entwicklungen in den Angebotsstrukturen der Altenhilfe vermittelt die in 2013 veröffentlichte Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes. Das Zahlenwerk erfasst die Situation Ende 2011.

Im Vergleich zur letzten Bestandsaufnahme für Ende 2009 ist die Anzahl der Pflegeheime weiterhin kräftig um 6,2 % angestiegen. Demgegenüber hat sich der Zuwachs der verfügbaren Plätze signifikant verlangsamt. Lag der Zuwachs in den Zeiträumen 2005 bis 2007 und 2007 bis 2009 noch bei über 5 %, konnte im Zeitraum 2009 bis 2011 lediglich ein Anstieg von 3,6 % verzeichnet werden.

Diese Entwicklung lässt sich dadurch erklären, dass die Größe der im Zeitraum 2009 bis 2011 neu errichteten voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen merklich gesunken ist. Im Zeitraum 2007 bis 2009 wurden neue Pflegeheime mit durchschnittlich 76 Plätzen realisiert. Demgegenüber umfasste ein Pflegeheimneubau in den Jahren 2009 bis 2011 durchschnittlich nur noch 42 Plätze.

Zudem spiegelt sich hier der Bedeutungsgewinn von Einrichtungen wieder, die ausschließlich vollstationäre Kurzzeitpflege oder teilstationäre Tages- oder Nachtpflege anbieten. Mit durchschnittlich rund 16 Plätzen sind diese Einrichtungen in der Regel erheblich kleiner als Einrichtungen der vollstationären Dauerpflege. Der Boom – insbesondere bei der Tagespflege – ist nicht zuletzt auf die starken leistungsrechtlichen Anreize für die Inanspruchnahme entsprechender Angebote infolge des Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) von 2008 zurückzuführen.

Leistungs-  
verbesserungen im  
ambulanten  
Pflegebereich

Weitere Veränderungen in den leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen des Pflegesektors brachte das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungsgesetz) mit sich, das in wesentlichen Teilen zum 01.01.2013 in Kraft getreten ist. Insbesondere waren dem Gesetzgeber Leistungsverbesserungen für Menschen mit einer erheblich eingeschränkten Alltagskompetenz (vor allem Demenzerkrankte) in der ambulanten Pflege wichtig. Ein weiterer Schwerpunkt sind neue Leistungen für Bewohner ambulant betreuter Wohngemeinschaften. Zwar traten bei der praktischen Umsetzung der neuen Vorgaben einige Hürden zu Tage. Dennoch wurden durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz die Anreize zur Inanspruchnahme von vor- und nebenstationären Betreuungs- und Pflegeformen noch einmal vergrößert.

Andere dringende Reformen im Bereich der Sozialen Pflegeversicherung stehen allerdings immer noch aus. Dies gilt unter anderem für die Implementierung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der auch Demenzerkrankte und Menschen mit Behinderung einschließt.

Weiterhin ist die Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene mit großen Herausforderungen für die Akteure der Pflegewirtschaft verbunden. Dies betrifft zum einen die Umsetzung der Änderungen des § 82 SGB XI in Landesrecht. Hierbei geht es um die Regelungen für die Umlage von Investitionsaufwendungen stationärer Pflegeeinrichtungen auf die Heimbe-

wohner. Die bisherigen Gesetzesinitiativen in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen<sup>3</sup> und Sachsen-Anhalt sind für viele Einrichtungen mit Anpassungen der Betriebsfinanzierung und der Investitionsplanung verbunden.

Zum anderen haben sich Investoren und Träger auf weitreichende Veränderungen in den ordnungsrechtlichen Vorgaben der Landesheimgesetze einzustellen.

#### Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pflege in NRW

Ein besonders tiefgreifender Wandel in der Rechtssetzung der Pflegeinfrastruktur zeichnet sich für Nordrhein-Westfalen ab. Als richtungweisende Zielvorgaben für die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen in der Altenhilfe hat die Landesregierung das Konzept der Quartiersnahen Versorgung, die Förderung neuer Wohn- und Pflegeformen sowie die Modernisierung von Bestandseinrichtungen erkannt. Neue Einrichtungen der vollstationären Dauerpflege sind politisch unerwünscht. Hinsichtlich der Umsetzung dieser Leitlinien wurden jedoch entscheidende Fragen noch nicht beantwortet.

Insbesondere ist die angedachte Rahmensetzung auf Landesebene noch nicht mit dem bundesweit geregelten Leistungsrecht der Sozialen Pflegeversicherung und der Sozialhilfe abgestimmt. So fehlen die finanziellen Grundlagen unter anderem für ein operatives Quartiersmanagement und die Öffnung der stationären Bestandseinrichtungen für die Quartiersnahe Versorgung. Auch die Verantwortlichkeiten und Handlungsvollmachten der Kommunen sowie deren finanzielle und fachliche Voraussetzungen für die Aufgabenerfüllung sind noch im Detail abzustecken.<sup>4</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob der Bedarfszuwachs an Pflege und Betreuung in Nordrhein-Westfalen tatsächlich schon mittelfristig im notwendigen Umfang alleine durch alternative Versorgungsformen gedeckt werden kann. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bereits in wenigen Jahren die Versorgungssicherheit pflegebedürftiger Senioren in Frage steht und folglich neuer Handlungsbedarf auf den Gesetzgeber zukommt.

#### neue Rolle für Heime im Quartier

Abgesehen davon ist unstrittig, dass für Einrichtungen der klassischen stationären Pflege die konzeptionelle Neuausrichtung eine zentrale Frage des wirtschaftlichen Überlebens geworden ist. Mit spezialisierten stationären Angeboten sowie ambulanten Dienstleistungen müssen sie ihre Rolle als zentraler Akteur in einem quartiersbezogenen Versorgungsansatz finden. Statt ambulant oder stationär ist zukünftig ambulant *und* stationär zu denken.

**Krankenhaussektor: Zusammenschlüsse und Vernetzung prägen die Branche** • Der Trend zu Kooperationen und Fusionen im Krankenhaussektor wird eindrucksvoll unterstrichen durch die bevorstehende Übernahme von 40 Kliniken sowie 13 Medizinischen Versorgungszentren von der Rhön-Klinikum AG durch Fresenius Helios. Mit insgesamt 112 Kliniken, über 30.000 Betten und

<sup>3</sup> Die Sächsische Pflegeeinrichtungsverordnung ist am 07.09.2013 in Kraft getreten.

<sup>4</sup> vgl. Stellungnahme vom 04.09.2013 des Netzwerks „Soziales neu gestalten“ (SONG) zum Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW)

einem Umsatz von nahezu 5,3 Mrd. Euro wird Fresenius Helios der größte private Klinikbetreiber Europas und zur Nummer zwei weltweit. Es ist zu erwarten, dass der Konsolidierungsdruck fortbestehen wird. Deshalb werden Konzern- und Verbundbildungen die Entwicklung der Krankenhausversorgungsstruktur auch in den kommenden Jahren prägen. Mit zunehmendem Größtenwachstum der Krankenhauskonzerne wird auch die Fusionskontrolle durch das Kartellamt an Bedeutung gewinnen.

Über Zusammenschlüsse von Leistungserbringern hinaus bleibt die Verzahnung des Krankenhaussektors mit anderen Versorgungsbereichen ein maßgebliches Thema. Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode werden verschiedene Maßnahmen skizziert, mit denen vorhandene Ansätze – z. B. die ambulante Leistungserbringung von Krankenhäusern, die Integrierte Versorgung und strukturierte Behandlungsprogramme (DMP) – weiterentwickelt und in ihrer Wirkung gesteigert sowie die Forschung im Bereich der Versorgungsstrukturen unterstützt werden sollen.

#### Umstellung auf leistungsorientierte Investitionspauschalen

Im Berichtsjahr hat sich die Tendenz fortgesetzt, die Investitionsförderung der Plankrankenhäuser durch die Länder von der Einzelförderung auf leistungsorientierte Investitionspauschalen umzustellen. Nach Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland haben in 2013 auch Hessen und Thüringen entsprechende Vorhaben in den Gesetzgebungsprozess gebracht. Damit erweitern sich die Möglichkeiten der Krankenhäuser zur Verwendung der bereitgestellten Fördermittel im Rahmen ihres Versorgungsauftrags. Gleichzeitig steigt für die Kliniken aber auch die Abhängigkeit der Investitionsfähigkeit von der Leistungserbringung.

In 2013 jährte sich die Einführung des DRG-Systems zum zehnten Mal. Das pauschalierte Entgeltsystem hat die akutstationäre Versorgung nachhaltig geprägt. Insbesondere verkürzte sich die durchschnittliche Verweildauer der Krankenhauspatienten von 8,9 Tage in 2003 auf 7,6 Tage in 2012 – ein Rückgang um rund 15 %. Klinikträger und Finanziere mussten sich auf die neue Kalkulationsgrundlage einstellen. Wie die in 2013 auf den Weg gebrachten, kurzfristig wirksamen Finanzhilfen für Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Mrd. Euro zeigen, sind im DRG-System auch nach zehn Jahren noch spontane finanzielle Unterstützungen und ständige Nachbesserungen erforderlich. Es muss sowohl auf Systemfehler (z. B. zeitgerechte Berücksichtigung von Tariflohnsteigerungen) als auch auf die politische Einflussnahme (z. B. Infektionsschutzgesetz) reagiert werden. Auch in den kommenden Jahren wird es punktuelle Anpassungen am DRG-System und flankierende monetäre Maßnahmen geben, auf welche die Krankenhäuser sowie die Investitions- und Leistungsfinanzierer reagieren müssen. Dabei soll – wie im aktuellen Koalitionsvertrag beschrieben – die Vergütung zunehmend mit der Qualität der Leistungserbringung verknüpft werden. Ein grundlegender Systemwandel ist jedoch ausgeschlossen.

**Kindertagesbetreuung: Große Anstrengungen für die ganz Kleinen** • Bei der Kindertagesbetreuung war der am 01.08.2013 in Kraft getretene Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung (Kita) oder in der Tagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (U3-Betreuung) das bestimmende Thema im Berichtsjahr. In den Monaten vor diesem Stichtag

### Klagewelle wegen fehlender Kita-Plätze ausgeblieben

wurde die Anzahl der Plätze für unter 3-Jährige noch einmal kräftig gesteigert, so dass zu Beginn des Kita-Jahres 2013/2014 rund 713.000 Betreuungsplätze existierten.

Dieser Zahl stand allerdings ein Bedarf nach ca. 780.000 Plätzen gegenüber, der im Vorfeld durch die Erhebung der Elternwünsche ermittelt wurde. Die befürchtete Klagewelle blieb jedoch aus. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass mit der Bedarfserhebung nicht der monatsgenaue Betreuungsbeginn erfasst wurde und auch nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich alle betroffenen Eltern auf die Mühen einer Klage einlassen. Erst im Verlauf des aktuellen Kita-Jahres wird sich zeigen, wie nah das noch im Ausbau befindliche Angebot und der noch steigende Bedarf an U3-Betreuung wirklich zusammen liegen.

Im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt kam es in 2013 zu einer Trendumkehr der demografiebedingten Bedarfsentwicklung in West- und Ostdeutschland. Nach zehn Jahren Rückgang stabilisierte sich in den alten Bundesländern die Zahl der Kindergartenkinder. In den nächsten zehn Jahren ist im Westen mit weitgehend konstanten Betreuungszahlen zu rechnen. Anders sieht die Entwicklung in den neuen Bundesländern aus. Dort wird der seit Mitte der 90er Jahre bestehende Anstieg der Anzahl der Kindergartenkinder ab 2013 voraussichtlich in einen langsamen Rückgang um etwa 1 % pro Jahr übergehen.<sup>5</sup>

**Ausblick** • Steigende Bedarfe, Veränderungen in der Nachfrage sowie tendenziell abnehmende finanzielle und personelle Ressourcen sind für alle Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft mit großen Herausforderungen, aber auch vielfältigen Chancen verbunden.

Zukunftsweisende Weichenstellungen durch die Politik lassen allerdings auf sich warten. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele deuten nicht auf grundlegende Reformen in den nächsten Jahren hin.

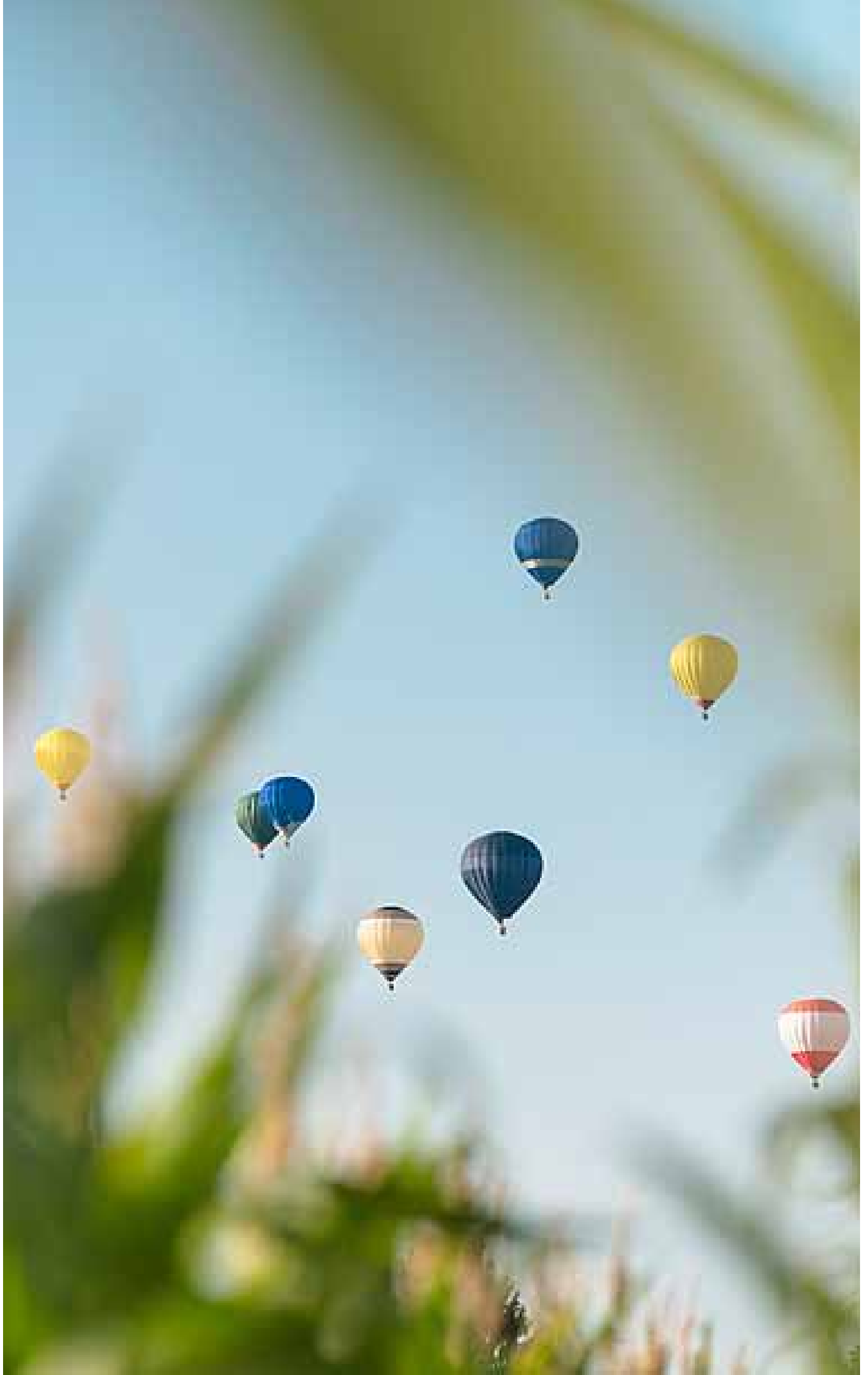
Als Basis für die Weiterentwicklung ihrer Finanz- und Beratungsdienstleistungen beobachtet und analysiert die Bank für Sozialwirtschaft weiterhin sehr intensiv die Entwicklungen und Perspektiven in den einzelnen Geschäftsfeldern ihrer Kunden. In diesem Zusammenhang wird in 2014 der BFS-Marktreport Krankenhaus veröffentlicht, der unter anderem einen Ausblick auf die mögliche Versorgungsstruktur im Jahr 2030 wagt.

Trotz der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft eine Branche mit langfristig soliden Wachstumspotenzialen bleiben. Entsprechend attraktiv sind die Geschäftsperspektiven für eine fachkundige Bank.

---

<sup>5</sup> vgl. Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik: Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe (KomDat), Heft Nr. 2 / 13, 16. Jg., November 2013







# Bericht des Vorstandes

## Lagebericht 2013

---

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat das Geschäftsjahr 2013 mit dem besten Ergebnis ihrer 90-jährigen Geschichte abgeschlossen. Die ungebrochene Nachfrage nach den Leistungen der Bank wirkte auf das Wachstum des Instituts beschleunigend. Die Bilanzsumme konnte um 18,5 % auf 8,67 Mrd. EUR gesteigert werden. Das Betriebsergebnis liegt mit 87,4 Mio. EUR um 5,6 % über dem Wert des Vorjahres (82,8 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 12,3 % auf 61,8 Mio. EUR (31.12.2012: 55,0 Mio. EUR).

**Aktivgeschäft** • Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 501,2 Mio. EUR auf 514,5 Mio. EUR. Diese Steigerung hatte ihre Ursache im starken Zufluss bei den Kundeneinlagen.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 9,2 % auf 4.901,2 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Die Nachfrage blieb über das Gesamtjahr 2013 ungebrochen hoch. Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 1.934,9 Mio. EUR (im Vorjahr 1.714,1 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 2.966,3 Mio. EUR (im Vorjahr 2.772,6 Mio. EUR).

starkes Kreditwachstum  
wegen des hohen  
Investitionsbedarfs für  
Sozialimmobilien

Das starke Kreditwachstum im Berichtsjahr ist auf den seit Jahren hohen Investitionsbedarf für den Neubau und den zeitgemäßen Ausbau von Sozialimmobilien und damit die Nachfrage nach langfristigen Darlehen zurückzuführen. Zusätzlich wurden die Kreditvergabebedingungen der Bank für Sozialwirtschaft AG im Marktvergleich besser angenommen, u. a. weil eine Reihe anderer Kreditinstitute die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weniger offensiv angesprochen hat als in früheren Jahren. Zugleich steigt die Bedeutung der Kreditfinanzierung an, da öffentliche Leistungsträger und Sozialversicherungsträger sich zunehmend aus der Investitionsfinanzierung in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zurückziehen. Auch haben das langjährige Engagement der Bank in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, ihre Expertise und ihre qualitativ hochwertigen Instrumente (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse) dazu geführt, dass sie in diesem Markt noch mehr als in den Vorjahren als zuverlässiger Partner wahrgenommen wurde.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag war mit 3.009,2 Mio. EUR um 502,1 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Ein großer Teil der durch Kundeneinlagen zugeflossenen Liquidität wurde in Schuldverschreibungen angelegt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen blieben mit 20,0 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die Treuhandkredite lagen mit einem Volumen von 175,1 Mio. EUR nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (2012: 175,0 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Buchwert für Immaterielle Anlagewerte reduzierte sich im Berichtsjahr um 1,4 % auf 14,1 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen, u. a. für die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das SEPA-Format, waren im Berichtsjahr niedriger als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für **Sachanlagen** ging um 5,7 % auf 22,3 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Modernisierung und Erweiterung der EDV-Geräte anfielen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verringerten sich stichtagsbedingt um 19,3 % auf 7,9 Mio. EUR (im Vorjahr 9,8 Mio. EUR).

**Passivgeschäft** • Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden im Geschäftsjahr 2013 um 8,6 % auf 1.412,2 Mio. EUR reduziert. Zum Ausgleich von Zahlungsverkehrsschwankungen wiesen die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag eine Steigerung um 158,6 Mio. EUR auf. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit verringerten sich um 291,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag. Die Veränderung betrifft den Abbau kurzfristiger Termingelder.

täglich fällige Einlagen  
um 40,5 % gestiegen

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen stark um 28,8 % auf 6.412,6 Mio. EUR an. Die Erhöhung entfiel überwiegend auf die täglich fälligen Einlagen (+ 40,5 % auf 5.120,9 Mio. EUR). Dies ist vornehmlich auf besondere Akquisitionserfolge zurückzuführen. Die Festgelder sanken um 13,3 % auf 1.104,1 Mio. EUR. Der Rückgang ist Folge des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** wurden um 16,7 % auf 23,5 Mio. EUR erhöht. Der Anstieg entfiel vor allem auf die Steuerrückstellungen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** wurden zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals weiter um 3,9 % auf 159,6 Mio. EUR erhöht.

Das **Genussrechtskapital** verringerte sich wegen Fälligkeiten um 4,0 Mio. EUR auf 22,7 Mio. EUR.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** blieb mit 40,9 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

**Haftendes Eigenkapital** • Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage blieben im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR bzw. 43,3 Mio. EUR.

Erhöhung der  
Gewinnrücklagen um  
44,5 Mio. Euro

Die **Gewinnrücklage** ist um 44,5 Mio. EUR auf 269,6 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2012 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2013 beträgt damit 349,3 Mio. EUR.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

**Einlagensicherung** • Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 15.371 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

**Finanz- und Liquiditätslage** • Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 2,21 (Mindestwert 1,00).

Steigerung des  
Zinsüberschusses  
um 7,4 %

**Ertragslage** • Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge beträgt 136.816 TEUR. Die erfreuliche Steigerung des Zinsüberschusses (im Vergleich zum Vorjahr + 7,4 %) resultiert überwiegend aus dem Anstieg des Kundenkreditvolumens.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen stiegen um 19,8 % auf 5.489,5 TEUR. Das ist auf die weiterhin positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis verringerte sich um 5,2 % auf 3.861 TEUR, insbesondere durch geringere Erträge im Wertpapiergeschäft.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 10,2 % auf 53.707 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 10,4 % auf 31.863 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 9,8 % auf 21.844 TEUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen.

Betriebsergebnis um  
5,6 % gestiegen

Durch diese Entwicklungen stieg das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 % auf 87.365 TEUR.

Das Bewertungsergebnis belief sich insgesamt auf 3.592 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im



Kreditausfallrisiko in  
der Sozial- und  
Gesundheitswirtschaft  
nach wie vor gering

Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Zinsentwicklungen ebenfalls ein positives Ergebnis erzielt.

Die **gewinnabhängigen Steuern** beliefen sich auf 28.997 TEUR (Vorjahr 25.998 TEUR).

Der **Jahresüberschuss** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6.748 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2013 bei 61.781 TEUR.

**Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns** • Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 51.300 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses 2013 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 22 TEUR angesetzt werden.

**Risiken der künftigen Entwicklung** • Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsriskien. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Vertriebsrisiken und operationellen Risiken. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG eine geringfügige Rolle.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das auf die Anforderungen an ein internes Rating nach CRR ausgerichtet ist. Für die Bewertung der

Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

sektor- und  
einrichtungsspezifische  
Instrumente zur  
Risikoabwehr

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf mögliche Bonitätsveränderungen im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Eigenhandelsgeschäfte  
nur im Rahmen klarer  
Kompetenzregelungen

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsentwicklungen werden Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Bonitätsveränderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

integrierte Liquiditäts-  
und Finanzplanung stellt  
jederzeitige Zahlungs-  
fähigkeit sicher

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Bereich Unternehmenssteuerung überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

**Ausblick** • Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch für die nächsten Jahre als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene spielt dabei die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Rolle.

Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Unter anderem durch Veränderungen in der Versorgungsstruktur steigen zudem die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur eine bankfachliche Betrachtung, sondern auch die speziellen Aspekte der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Daher werden die etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit von Finanzierungsvorhaben kontinuierlich weiterentwickelt und durch neue Leistungen ergänzt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde mit dem „IS Calculator“ ein Tool auf den Markt gebracht, das die Planung und Kalkulation von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Altenpflegeheimen erleichtert. Im Geschäftsjahr 2014 beginnt der Aufbau eines „Kompetenzzentrums Gesundheitswirtschaft“, das die Akquisition der Bank in der Gesundheitswirtschaft unterstützen soll.

Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich über die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial-

und Gesundheitswirtschaft in Kenntnis gesetzt. Mit Hilfe dieser Instrumente und Maßnahmen soll nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden, sondern es soll durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden auch eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung begründet werden. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum.

weiterhin hohe  
Kreditnachfrage zu  
erwarten

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Die Bank für Sozialwirtschaft AG verfolgt die Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen. Im Berichtsjahr stieß insbesondere das im Oktober 2012 neu geschaffene „Ausschnittsfactoring“ des 100%igen Tochterunternehmens BFS Service GmbH, das Krankenhäusern und Reha-Kliniken ein selektives Factoring für einen definierten Kreis von Debitoren ermöglicht, auf sehr großes Interesse.

Im Anlagegeschäft steht weiterhin eine risikoavers orientierte Beratung im Mittelpunkt. Bedingt durch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für den überwiegenden Teil der Kunden gelten, sowie durch Anlagerichtlinien, die eine risikoarme Ausrichtung vorgeben, werden konservative Anlagestrategien auch in Zukunft interessant bleiben. Weiteres Wachstumspotenzial sieht die Bank insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung.

innovative  
Produktentwicklungen  
im Zahlungsverkehr

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen. Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Realisierung des europäischen Zahlungsverkehrsraums SEPA hat die BFS im Berichtsjahr die Anwendung „SAP Payment Engine“ in ihr bestehendes SAP-System integriert. Damit kann die Bank hohe Transaktionsvolumina schneller verarbeiten und wird so den im Rahmen der SEPA-Umstellung gestiegenen Anforderungen gerecht. Mit der Implementierung der „SAP Payment Engine“ hat sie sich zudem die Möglichkeit geschaffen, Prozesse zu straffen, neue Zahlungsprodukte schneller zu konfigurieren und flexibel auf Marktveränderungen zu reagieren.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, die Ausrichtung aber nicht grundsätzlich verändert wird. Aktuell steht dabei eine Optimierung der Geschäftsprozesse durch organisatorische Maßnahmen im Mittelpunkt. Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung des im Sommer 2012 gestarteten, bankweiten Projektes „BFS 2015 – Menschen Prozesse Strukturen“ begonnen. Ziel des Projektes ist es, interne Prozesse und Strukturen insbesondere an den Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge so zu optimieren, dass die Kundenbetreuung weiter gestärkt wird. Der Zeithorizont für die Umsetzung läuft bis zum Jahr 2016.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss sich auch die Bank für Sozialwirtschaft AG dem zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Im November 2013 startete sie daher ein webbasiertes Recruitingssystem, das das Bewerbungsverfahren erheblich vereinfacht. Verbunden ist dieses mit einem neuen Karriereportal. Mit diesen und weiteren Maßnahmen will sich die Bank als attraktive Arbeitgeberin positionieren.

Im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen durch Basel III/CRD IV werden für die Bank für Sozialwirtschaft AG auf der Basis der Bilanzplanung Hochrechnungen durchgeführt. Diese ergeben, dass die Eigenkapitalausstattung der Bank in den nächsten Jahren auch unter Berücksichtigung der verschärften Regelungen ausreichend sein wird. Die Bank ist bestrebt, ihre Kreditvergabebedingungen trotz der zu erwartenden höheren Eigenkapital- und Risikokosten möglichst nicht zu verschärfen.

Diese Entwicklungen lassen für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage der Bank in den nächsten beiden Geschäftsjahren eine positive Entwicklung auf stabilem Niveau erwarten. Der Zinsüberschuss wird wesentlich durch die voraussichtlich positive Entwicklung im Kundengeschäft und der Situation an den Kapitalmärkten bestimmt. Für den Verwaltungsaufwand wird in diesem Zeitraum mit einer moderaten Steigerung gerechnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin und Köln, 18. März 2014

Bank für Sozialwirtschaft AG  
Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt      Dietmar Krüger



# Bericht des Vorstandes

## Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

---

Die kontinuierliche Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben spiegeln sich in der gestiegenen Mitarbeiterzahl der Bank für Sozialwirtschaft AG wieder. Zum Jahresende waren 381 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dies entspricht einem Anstieg von 16 Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden wir das geschäftliche Wachstum mit weiteren Neueinstellungen unterstützen.

Diese Steigerung sowie die gleichbleibend geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Konditionen und durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld gelingt es uns, auch bei zunehmendem Arbeitgeber-Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte, das Interesse neuer Mitarbeiter/-innen für unser Haus zu wecken.

Der Verdrängungswettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zunehmend stärker. Die Kunst, sich bei den relevanten Zielgruppen als Arbeitgeber mit Zukunft zu profilieren, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing wollen wir unsere Reputation weiter erhöhen und uns als Arbeitgeber von anderen unterscheiden. Aus diesem Grund ist seit November 2013 sowohl extern als auch intern unser neues Karriereportal online geschaltet. Sukzessive wird das Karriereportal zur „Zentrale“ unser Recruiting- und Personalmarketingaktivitäten ausgebaut. Das bedeutet, dass langfristig alle Veröffentlichungen auf externen Kanälen (Stellenbörsen, Printanzeigen etc.) ausschließlich auf das Portal verweisen und so zur Arbeitgebermarkenbildung der Bank für Sozialwirtschaft AG beitragen.

traditionell hohe  
Betriebstreue

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2013 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

**Zielgerichtete Personalentwicklung** • Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2013 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unserer Kundenzielgruppen fordern unseren Mitarbeitenden detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes ab. Dabei spielen nicht allein finanzwirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch vor der Herausforderungen, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten in sozialwirtschaftlichen Unternehmen, gesetzliche Rah-

menbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demografische Prozesse analytisch zu verknüpfen, um unseren Kunden passgenaue Anlage- und Finanzierungsmodelle zu empfehlen.

Daher werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare geschult und über einen umfassenden Informationspool im Intranet fortlaufend über Neuerungen unterrichtet.

Zertifizierung zum  
„BFS-Experten  
Gesundheitswirtschaft“

Den Anforderungen des Marktes folgend, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krankenhausinstitut im Geschäftsjahr 2013 den zweiten Durchgang der Qualifizierungsmaßnahme „BFS-Experte Gesundheitswirtschaft“ abgeschlossen. Über einen Zeitraum von neun Monaten wurden in acht Modulen anspruchsvolle Kenntnisse über die Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in der Gesundheitswirtschaft vermittelt. Lernfortschrittskontrollen sicherten den Erfolg und der Abschluss wurde zertifiziert. Insgesamt gibt es in der BFS jetzt 29 „BFS-Experten Gesundheitswirtschaft“.

Gleichermaßen stellen wir internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen.

**Ausbildung als Zukunftskapital** • Der demografische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

Nachwuchsförderung  
durch praxisnahe  
Ausbildung und  
berufsbegleitende  
Studiengänge

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2013 befanden sich insgesamt neun Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der



innovative  
modernity with ideas  
in architecture



Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

**Harmonisierung von Beruf und Privatleben** • Es ist uns ein besonderes Anliegen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Mit zunehmender Tendenz nehmen auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Damit haben sie die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeitenden untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Möglichkeiten  
flexibler  
Arbeitszeiteinteilung

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2013: 47 Mitarbeitende).

In diesem Zusammenhang bewährt sich schon seit einigen Jahren das Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und stets die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Für die Bank hat dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus besteht weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, können nach verschiedenen Modellen ihre Arbeitszeit reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

**Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** • Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gezeigte Engagement, die hohe Leistungsbereitschaft und Professionalität.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeitenden in eine erfolgreiche Zukunft führen.



# Bericht des Vorstandes

## Entwicklung der verbundenen Unternehmen

### BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat das Geschäftsjahr 2013 erneut mit dem besten Ergebnis in ihrer Firmengeschichte abgeschlossen. Zum siebten Mal in Folge konnte sie ihr Wachstum steigern. Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 15 % auf 9,9 Mio. EUR (Vorjahr 8,6 Mio. EUR). Das Betriebsergebnis lag mit 4,5 Mio. EUR um rund 21 % über dem Vorjahresergebnis (2012: 3,7 Mio. EUR).

weiter gewachsene  
Attraktivität der  
Factoring-Angebote

Diese hervorragende Entwicklung ist auf die weiter gewachsene Attraktivität der Factoring-Angebote zurückzuführen, die passgenaue Finanzierungslösungen für Leistungserbringer im Sozial- und Gesundheitswesen darstellen. Im Geschäftsjahr 2013 wurden erstmalig Forderungen von mehr als einer Milliarde Euro (1.100 Mio. EUR) angekauft.

**Online-Factoring** • Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung und im Namen der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an.

Diese Finanzierungsform wird mit Blick auf die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele immer interessanter. Dem dadurch wachsenden Liquiditätsbedarf begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, Reha-Kliniken etc.) zugeschnitten ist.

Im Geschäftsjahr 2013 entfiel ein Ankaufsvolumen von 506 Mio. EUR auf ambulante Pflegedienste (Vorjahr: 423 Mio. EUR) und von 401 Mio. EUR auf Krankenhäuser und Reha-Kliniken (Vorjahr: 242 Mio. EUR).

Der starke Zuwachs bei Krankenhäusern und Reha-Kliniken ist vor allem auf das neue Produkt „Ausschnittsfactoring“ zurückzuführen. Bei diesem Angebot werden nicht alle Forderungen gegenüber Leistungsträgern verkauft, sondern nur Rechnungen ausgewählter Debitoren. Im Vorfeld legen dazu Kunde und die BFS Service GmbH gemeinsam eine Debitorengruppe (Ausschnitt) für das Factoring fest. Innerhalb der Vertragslaufzeit kann der Kunde je nach Liquiditätsbedarf den Ausschnitt vergrößern bzw. reduzieren. Diese hohe Flexibilität, die durch eine kurzfristige Debitorenauswahl gewährleistet wird, hat zu einer hohen Attraktivität des Angebotes geführt. Folglich konnte das Forderungsankaufsvolumen, insbesondere durch Ausschnittsfactoring im Krankenhaus- und Reha-Bereich, um rund 65 % gesteigert werden.

**factomat®** • Das Angebot der BFS Service GmbH für sonstige Leistungserbringer aus dem Gesundheitswesen verfolgt eine Lean-Factoring-Philosophie und positioniert sich als integrativer Finanzierungsbestandteil bei der Rezeptabrechnung gegenüber Krankenkassen. Ähnlich wie bei Direktbanken laufen nahezu alle Geschäftsprozesse internetgestützt und vom Kunden initiiert automatisch ab. Den seit dem Frühjahr 2012 verfügbaren „factomat®“ nutzen inzwischen mehr als 200 Kunden.

komplette  
Abrechnungsleistungen  
für Pflegedienste und  
Sozialstationen

**BFS Abrechnungs GmbH** • Komplette Abrechnungsleistungen bietet die BFS Service GmbH seit 2010 im Rahmen ihrer Beteiligung an der BFS Abrechnungs GmbH an. Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen. Der Umsatz der BFS Abrechnungs GmbH 2013 betrug 4,5 Mio. EUR (Vorjahr: 3,2 Mio. EUR); das vorläufige Betriebsergebnis 2013 liegt bei 1,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR).

Die BFS Abrechnungs GmbH ist der einzige reine Pflegespezialist unter den Abrechnungsdienstleistern. Diese Spezialisierung und dass viele Mitarbeitende direkt aus der Pflege mit der entsprechenden Expertise kommen, hat zu einer hohen Dienstleistungsqualität und zu einem stetigen Wachstum geführt. Das Ankaufsvolumen konnte im Geschäftsjahr 2013 auf 230 Mio. EUR (Vorjahr 175 Mio. EUR) gesteigert werden.

Um dieses Ankaufsvolumen zu erreichen, mussten pro Monat mehr als 50.000 Rechnungen von der BFS Abrechnungs GmbH erstellt werden. Im gesamten Geschäftsjahr waren dafür rund 40 Mio. Belege zu prüfen und 1,4 Mio. Buchungen durchzuführen. Für dieses Leistungsvolumen stehen aktuell rund 50 Mitarbeitende, Tendenz stark steigend.

Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem die Rechnungstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Außergewöhnlich im Markt der ambulanten Pflege ist die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung.

Die BFS Service GmbH erwartet, dass mit der zunehmenden Nachfrage nach Abrechnungsdienstleistungen ein nachhaltiges Wachstum der BFS Abrechnungs GmbH einhergehen wird.

Seminare zu  
betriebswirtschaftlichen  
und juristischen  
Fragestellungen

**Fortbildung** • Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kann die BFS Service GmbH seit vielen Jahren mit einer guten Positionierung am Markt arbeiten. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Seminare zu den Themen „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste“, „Erfolgreich Geldauflagen einwerben“ und „Von der Kostenrechnung zur Managementinformation“ sehr gut angenommen. Die meisten Seminarteilnehmer waren erneut an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen und praxisorientiert in Einzelfragestellungen umsetzen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfolgen.

Betriebsvergleiche  
geben Hinweis auf  
Verbesserungspotentiale

**Betriebsvergleiche** • Zum Angebot der BFS Service GmbH gehören außerdem jährliche Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

**Ausblick** • Ihre integrierten Lösungskonzepte und die kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Leistungen machen die BFS Service GmbH zu einem attraktiven Partner für Einrichtungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten zeigen, dass ihre Angebote zunehmend stärker nachgefragt werden.

Ihre Geschäftsperspektiven sowohl für das laufende Geschäftsjahr 2014 als auch für das Geschäftsjahr 2015 schätzt die BFS Service GmbH sehr positiv ein: Im Wachstumsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft werden die Abrechnungsvolumina für Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich weiter steigen. Auch im Markt der sonstigen Leistungserbringer im Gesundheitswesen rechnet die BFS Service GmbH mit einer steigenden Resonanz. Beides wird zu einem nachhaltigen Umsatz- und Ergebniswachstum beitragen.

## IS Immobilien-Service GmbH

Die IS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 ihre positive Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach den Analysen, Gutachten und Beratungstätigkeiten ist der Umsatz auf 2.382 TEUR gestiegen (Vorjahr: 2.233 TEUR).

Bei der darauf aufbauenden Betrachtung der Ergebnisentwicklung ist zu berücksichtigen, dass im Mai 2013 zwischen der IS Immobilien-Service GmbH und der Bank für Sozialwirtschaft AG ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen wurde. Hierdurch werden die Steuerzahlungen zur Bank für Sozialwirtschaft AG verlagert. Für den Unternehmensverbund ist diese Neuregelung ergebnisneutral, bei gleichzeitig reduziertem Verwaltungsaufwand. Der durch die IS Immobilien-Service GmbH abzuführende Gewinn beläuft sich auf 970 TEUR (Jahresüberschuss 2012: 814 TEUR).

Analyse und  
Bewertung von  
Investitionsvorhaben für  
Sozialimmobilien

Als Tochterunternehmen und Dienstleister der Bank für Sozialwirtschaft AG hat die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2013 weiterhin davon profitiert, dass das Interesse an langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien nach wie vor hoch ist. Zwar ist insbesondere bei Pflegeimmobilien eine geringer werdende Zahl von Neubaufinanzierungen und demgegenüber eine zunehmende Zahl von Umfinanzierungen bestehender Gebäude festzustellen. Hier ist jedoch eine zuverlässige Analyse und Bewertung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben, die den Schwerpunkt der Arbeit der IS Immobilien-Service GmbH ausmacht, mindestens ebenso wichtig

wie bei neuen Vorhaben. Hinzu kommt, dass die Nachfrage an Finanzierungen für Versorgungsformen neben der klassischen stationären Pflege gewachsen ist.

**Standort- und Wettbewerbsanalysen** • Insgesamt wurden im Berichtsjahr 165 Standort- und Wettbewerbsanalysen für Pflegeheime durchgeführt, davon 97 detaillierte Analysen für Kunden der Bank und 68 so genannte „Quick Checks“ zur schnellen Einschätzung von Investitionsvorhaben für die Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG. Zugenommen hat insbesondere das Volumen der externen Aufträge von Kunden der Bank, die die Standort- und Wettbewerbsanalyse unabhängig von einem Finanzierungsvorhaben haben durchführen lassen.

Weiterentwicklung  
mit Fokus auf  
„Betreutes Wohnen“

Im Berichtsjahr und auch im laufenden Geschäftsjahr steht eine Weiterentwicklung der Standort- und Wettbewerbsanalyse auf dem Programm der IS Immobilien-Service GmbH. Dabei liegt der Fokus auf einer besseren Erfassung des Bedarfs an Betreutem Wohnen. Aktuell gibt es weder zum Bestand noch zu den Belegungsquoten in diesem Feld verlässliche Datenbanken. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass „Betreutes Wohnen“ kein geschützter Begriff ist. Zugleich ist feststellbar, dass in Pflegeheimen der 5. Generation zunehmende Wohnanteile zu verzeichnen sind und dass die Nachfrage der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG an der Finanzierung von Wohnformen für pflegebedürftige Menschen steigt.

Im Berichtsjahr bereitete die IS Immobilien-Service GmbH daher außerdem einen „Quick Check“ vor, anhand dessen ab 2014 Finanzierungsvorhaben im Bereich der ambulant betreuten Wohngemeinschaften beurteilt werden sollen. Auch in diesem Feld will sich die Bank für Sozialwirtschaft AG als Partner positionieren, der Finanzierungsentscheidungen auf einer zuverlässigen Basis trifft.

Mehr Stellungnahmen  
zu Immobilien-  
finanzierungen im  
Gesundheitswesen

**Beleihungswertgutachten** • Der Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem gleichem Niveau wie im Vorjahr. Es wurden 208 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 960 Mio. EUR erstellt (Vorjahr: 210 Gutachten, Gesamtvolumen 980 Euro). Verstärkt wurden Stellungnahmen zu Immobilienfinanzierungen im sonstigen Gesundheitswesen (z. B. MVZ, Arzthäuser, Gesundheitszentren) nachgefragt. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit den strategischen Zielsetzungen im Kreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG: Seit einigen Jahren akquiriert die Bank verstärkt Unternehmen aus dem Gesundheitswesen, um ihr Kreditportfolio zu diversifizieren.

Die Erstellung von Beleihungswertgutachten für Immobilien aus dem sonstigen Gesundheitswesen war auch Gegenstand der jährlichen Fortbildung der IS Immobilien-Service GmbH für ihre internen und externen Gutachter. Die Fortbildung der IS Immobilien-Service GmbH für zertifizierte Gutachter ist von der HypZert anerkannt.

### Erleichterung der Planung und Kalkulation von Baumaßnahmen

**IS Calculator** • Mit dem „IS Calculator“ hat die IS Immobilien-Service GmbH im Juli 2013 eine neue Dienstleistung auf den Markt gebracht, die das Thema „Instandhaltungsstau“ in Altenpflegeheimen aufgreift. Der „IS Calculator“ erleichtert Eignern von Bestandsimmobilien die Planung und Kalkulation von Baumaßnahmen. Sanierungsnotwendigkeiten werden darin erfasst und strukturiert; das erforderliche Investitionsvolumen wird aufgezeigt und in einen konkreten Finanzierungsplan übersetzt. Damit ermöglicht der „IS Calculator“ auch, die tatsächlich umsetzbaren Varianten herauszuarbeiten. Voraussetzung für eine optimale Nutzung des Instruments ist eine intensive Auseinandersetzung des Eigentümers mit den Bestands- und Planungsdaten unter Einbeziehung des organisationsinternen Know-hows.

Bis zum Ende des Berichtsjahres haben die Kunden der IS Immobilien-Service GmbH erste Praxiserfahrungen mit dem „IS Calculator“ machen können. Das Unternehmen geht davon aus, dass sich die Investitionstätigkeit in der stationären Pflege in den nächsten Jahren verstärkt vom Neubau in den Bestand verlagern wird. Für den daraus resultierenden Bedarf einer fundierten Planung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen ist der „IS Calculator“ das passgenaue Produkt. Daher wird die IS Immobilien-Service GmbH dessen Vermarktung in diesem Jahr forcieren.

**BFS Mezzanine Fonds** • Wie in den Vorjahren führte die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr zudem die Geschäfte der beiden BFS Mezzanine Fonds. Die Engagements in den Portfolios der Fonds entwickeln sich so, dass den Investoren die im Prospekt avisierten Renditen regelmäßig gezahlt werden können.

Während die Laufzeit des BFS Mezzanine Fonds I bereits im nächsten Jahr endet, haben die Anleger des BFS Mezzanine Fonds II im Februar 2013 erstmals ihre planmäßige Rendite für ein volles Geschäftsjahr erhalten.

**Ausblick** • Für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 erwartet die IS Immobilien-Service GmbH eine weiter positive Geschäftsentwicklung. Dazu wird nicht nur die nach wie vor starke Nachfrage nach ihren bestehenden Dienstleistungen beitragen, sondern auch eine weiter verbesserte Positionierung am Markt durch innovative Angebotsentwicklungen.

Mit dem Beginn des Geschäftsjahres 2014 hat die IS Immobilien-Service GmbH damit begonnen, ein „Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft“ aufzubauen, das die Bank für Sozialwirtschaft AG durch Wissenstransfer und Dienstleistungen darin unterstützen wird, ihren Marktanteil in der Gesundheitswirtschaft auszubauen.

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand in einem vierteljährlichen Rhythmus umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Schwerpunkte der Berichterstattung waren unter anderem

- die Geschäftsstrategie und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung,
- das Risikomanagement sowie
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision und des Bereiches Compliance & Fraud für das Jahr 2013 zur Kenntnis genommen.

Ausführlich hat sich der Aufsichtsrat unter Einbeziehung des Vorstandes sowie leitender Mitarbeiter der Bank mit den neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben für die Bank und insbesondere für die Tätigkeit des Aufsichtsrates auseinandergesetzt.

So wurden die aktuellen Entwicklungen bei der Überführung von Basel III-Regelungen in geltendes Recht intensiv diskutiert und dabei insbesondere die veränderten Parameter und die Auswirkungen auf die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen im Allgemeinen und speziell auf die Bank für Sozialwirtschaft AG, aktuell und in der Vorausschau für die nächsten Jahre, betrachtet.

In seiner Sitzung im November 2013 hat der Aufsichtsrat in Erweiterung der bestehenden Ausschüsse den zusätzlichen Ansprüchen des KWG entsprechend einen Prüfungs-, einen Risiko- und einen Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss gebildet. Die Ausschüsse haben ihre Arbeit bereits im Januar 2014 aufgenommen.



Gemäß den Regelungen des Aktiengesetzes endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 17. Mai 2013 die Amtszeit aller Aufsichtsratsmitglieder, so dass die Aktionäre der Bank zur Neuwahl aufgefordert waren. Drei Mitglieder des Aufsichtsrates stellten sich nicht wieder zur Wahl: Herr Hans-Peter Niemeier, Mitglied des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin, Herr Berthold Simons, Kaufmännischer Direktor i. R., Berlin, und Herr Professor Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister a. D., Kronshagen. Der Aufsichtsrat dankte ihnen allen für ihre wertvolle Mitarbeit.

Zur Neuwahl stellten sich neben den anderen bisherigen Mitgliedern des Aufsichtsrates Frau Martina Arends, Mitglied des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin, Herr Dr. Norbert Emmerich, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium, Berlin, und Herr Dr. Jörg Kruttschnitt, Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal, Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin. Alle vorgeschlagenen Persönlichkeiten wurden von der ordentlichen Hauptversammlung in den Aufsichtsrat berufen. Mit Frau Martina Arends hat der Aufsichtsrat der Bank nun erstmals ein weibliches Mitglied.

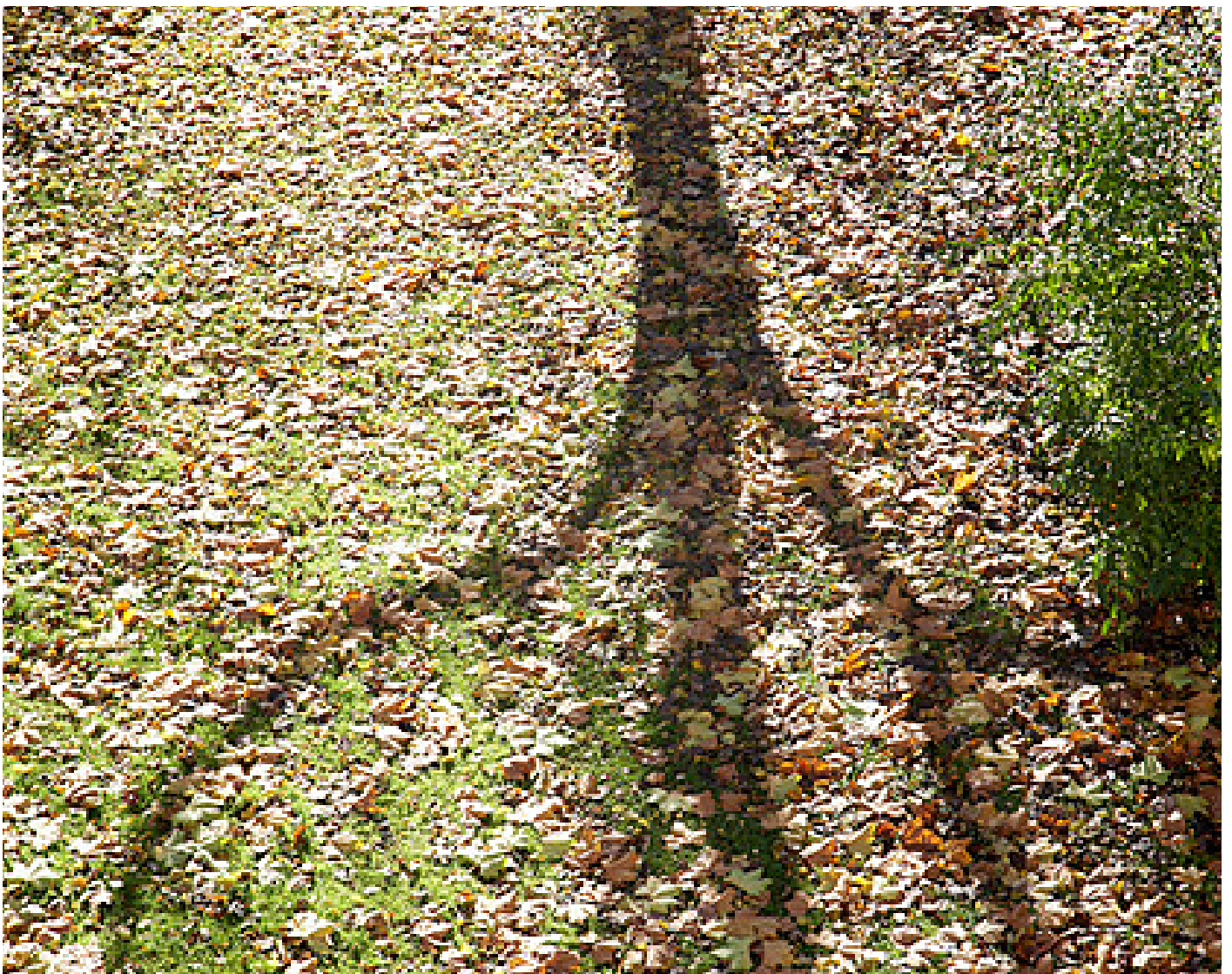
Der Jahresabschluss 2013 wurde von der durch die ordentliche Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und ihrer Tochtergesellschaften sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2013 ausführlich erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2013. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

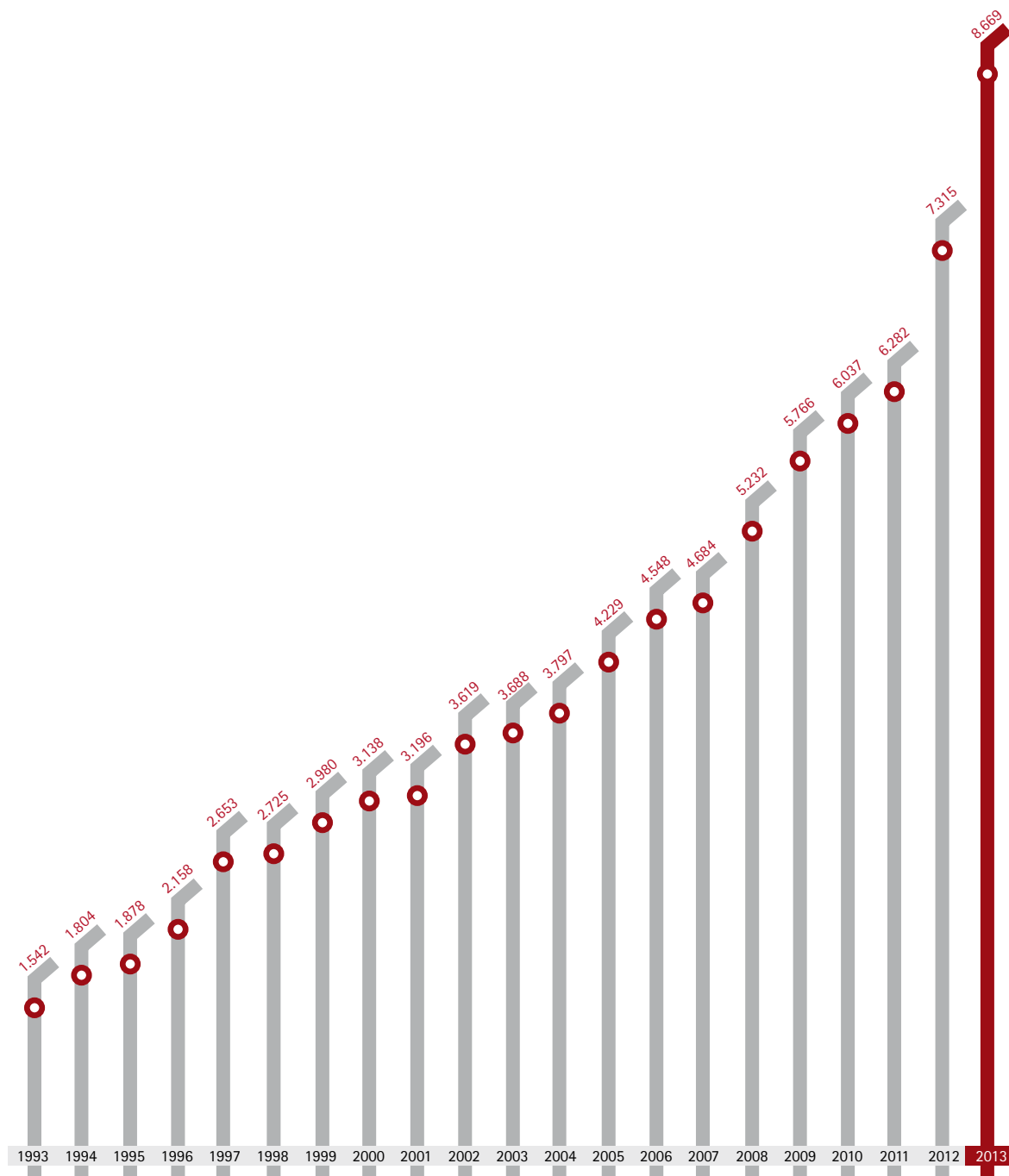
Mainz, 10. April 2014

Für den Aufsichtsrat  
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch  
Vorsitzender



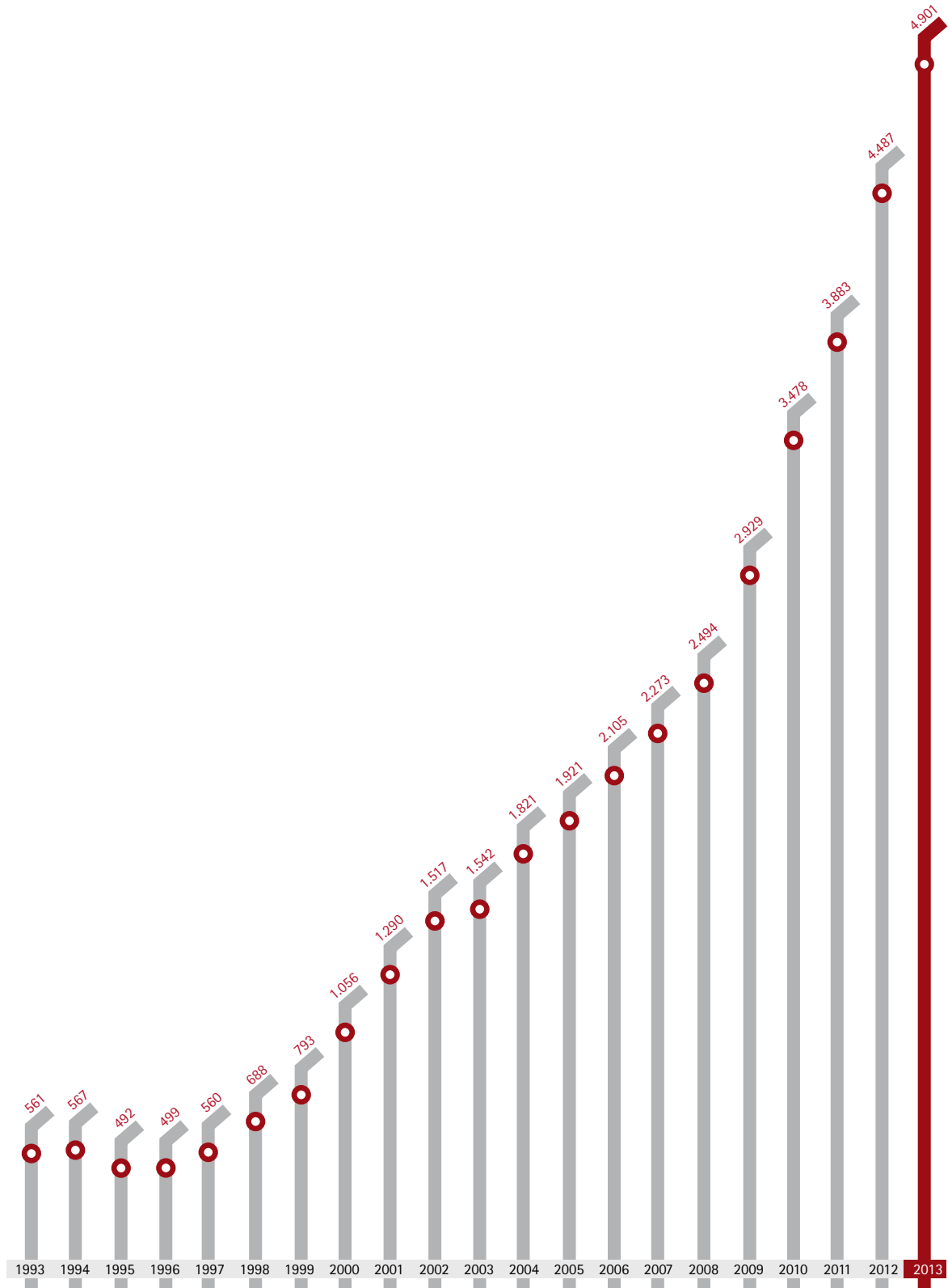
# Bilanzsumme

in Millionen Euro



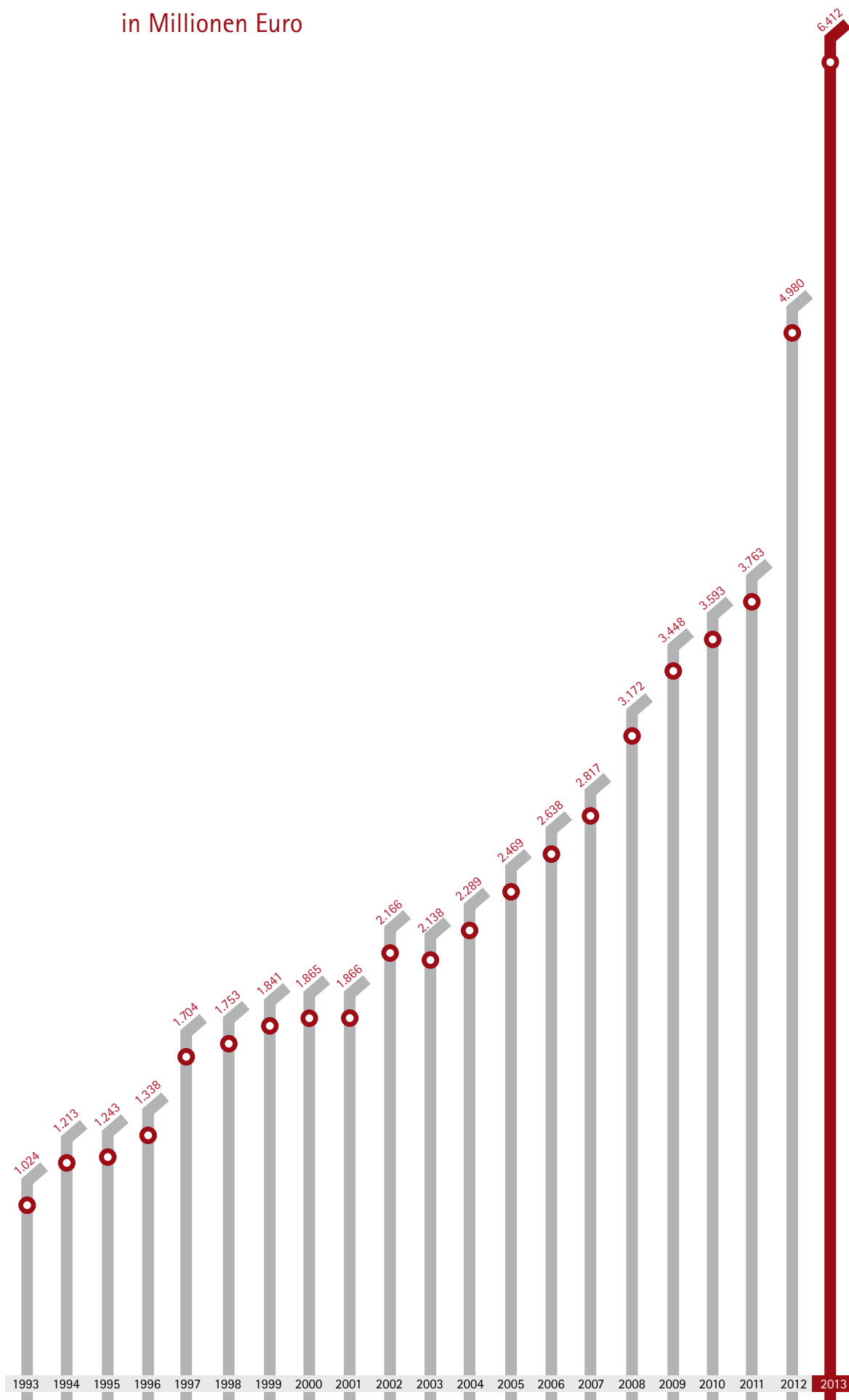
# Kundenkredite

in Millionen Euro



# Kundeneinlagen

in Millionen Euro





# Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2013 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		843.573,27		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		-,-		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	843.573,27	61.399
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		177.758.822,91		
b) andere Forderungen		336.697.744,04	514.456.566,95	13.280
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			4.901.222.478,32	4.486.695
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.319.111.995,36			(1.162.756)
Kommunalkredite	103.078.467,92			(115.203)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		1.655.252.006,31		1.131.619
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.655.252.006,31			(1.131.619)
bb) von anderen Emittenten		1.310.811.427,78		1.332.929
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.286.068.693,54			(1.308.032)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	2.966.063.434,09	-
Nennbetrag	-,-			-
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			43.119.801,20	42.588
<b>6a. Handelsbestand</b>			-,-	-
<b>7. Beteiligungen</b>			2.057.335,00	-
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			19.991.928,67	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			175.115.176,47	174.973
darunter: Treuhandkredite	175.115.176,47			(174.973)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			-,-	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13.296.066,00		14.007
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		786.610,54	14.082.676,54	281
<b>12. Sachanlagen</b>			22.316.761,31	23.658
<b>13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital</b>			-,-	-
<b>14. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			7.839.570,06	9.762
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			2.534.674,77	3.510
<b>16. Aktive latente Steuern</b>			-,-	-
<b>17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			-,-	-
<b>18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			-,-	-
<b>Summe der Aktiva</b>			8.669.643.976,65	7.314.692



Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			193.611.978,29		34.966
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.218.545.642,25	1.412.157.620,54	1.509.794
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	138.850.348,26				56.683
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	48.694.010,37	187.544.358,63			5.055
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.120.941.351,24				3.643.851
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.104.081.868,33	6.225.023.219,57	6.412.567.578,20		1.274.085
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			--		-
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			--	--	-
darunter: Geldmarktpapiere	--				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	--				-
<b>3a. Handelsbestand</b>				--	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				175.115.176,47	174.973
darunter: Treuhandkredite	175.115.176,47				(174.973)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				2.659.556,34	3.272
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				9.354.077,26	10.986
<b>6a. Passive latente Steuern</b>				--	-
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.804.304,75		8.141
b) Steurrückstellungen			4.190.793,37		421
c) andere Rückstellungen			10.516.830,57	23.511.928,69	11.578
<b>8. (weggefallen)</b>				--	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				159.590.277,80	153.533
<b>10. Genussrechtskapital</b>				22.700.000,00	26.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	--				
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				40.900.000,00	40.900
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital	36.400.000,00				36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	--	36.400.000,00			
b) Kapitalrücklage		43.315.851,45			43.267
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	--				-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	--				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	--				-
cd) andere Gewinnrücklagen	269.550.000,00	269.550.000,00			225.050
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		61.821.909,90	411.087.761,35		55.037
<b>Summe der Passiva</b>				8.669.643.976,65	7.314.692
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			--		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			108.285.414,68		103.012
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			--	108.285.414,68	
<b>Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			--		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		580.365.633,93	580.365.633,93		550.752

# Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	192.094.387,73			186.578
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	21.208.584,53	213.302.972,26		36.809
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		78.358.924,25		97.584
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.379.498,30			1.072
b) Beteiligungen	7.360,00			8
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	485.348,46	1.872.206,76		485
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>		5.489.489,68		4.581
<b>5. Provisionserträge</b>		7.877.980,47		7.789
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		4.017.079,21		3.718
<b>7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands</b>		0		-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>		2.079.045,78		1.990
<b>9. (weggefallen)</b>				
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				24.725
aa) Löhne und Gehälter	26.383.073,03			
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.479.769,13	31.862.842,16		4.131
darunter: für Altersversorgung Euro 1.989.360,98				(745)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	21.844.029,86	53.706.872,02		19.886
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>		5.642.907,46		5.464
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		1.456.621,13		982
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		-,-		0
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		3.592.195,71		33.912
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>		179.166,75		-
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		0,00		50
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>		-,-		-
<b>18. (weggefallen)</b>				

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		90.852.319,84	116.786
20. Außerordentliche Erträge	-,-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,-,-		0
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	28.996.755,02		25.998
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	74.702,92	29.071.457,94	55
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB		-,-,-	35.700
25. Erträge aus Verlustübernahme		-,-,-	-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-,-,-	-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		61.780.861,90	55.033
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr		44.541.048,00	43.105
		106.321.909,90	98.137
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,-,-	-
		106.321.909,90	98.137
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-,-		
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-,-		
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-,-		98.137
		106.321.909,90	-
31. Entnahmen aus Genußrechtskapital		-,-,-	98.137
		106.321.909,90	
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-,-		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-,-		
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-,-		43.100
d) in andere Gewinnrücklagen	44.500.000,00	44.500.000,00	55.037
		61.821.909,90	-
33. Wiederauffüllung des Genußrechtskapitals		-,-,-	55.037
<b>34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>		61.821.909,90	55.037

# Anhang 2013

## Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

---

### A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

### B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in den Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten, und soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,91 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 5,07 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p.a. eingerechnet.

Die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs haben wir nach der Barwertmethode vorgenommen und anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag den Barwert des Bankbuchs berechnet. Hierbei werden Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: Nichtrealisierte Verluste eines Geschäftes wurden mit angefallenen nichtrealisierten Gewinnen des anderen Geschäftes verrechnet. Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden („Einfrierungsmethode“).

## C. Entwicklung des Anlagevermögens 2013

### a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte

in Euro	Immaterielle WG	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	Gesamt
Anschaffungskosten	31.210.641	18.380.619	44.449.411	94.040.671
Zugänge	3.177.032	1.066.019	-	4.243.051
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	374.376	728.269	-	1.102.645
Abschreibungen kumuliert	19.930.620	12.639.074	28.211.945	60.781.639
Buchwert am Bilanzstichtag	14.082.677	6.079.295	16.237.466	36.399.438
Abschreibungen Geschäftsjahr	3.377.618	1.354.071	911.219	5.642.908

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 70.835 EUR enthalten.

### b) Finanzanlagen

in Euro	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungskosten 31.12.2012	1.013.991	-	19.991.929	21.005.920
Zugänge	-	2.057.335	-	2.057.335
Abgänge	354.167	-	-	354.167
Anschaffungskosten 31.12.2013	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Buchwert am Bilanzstichtag	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088

Bei den Beteiligungen handelt es sich um Anteile an der BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG, die in 2013 nicht veräußert wurden und daher in die Beteiligungen umgewidmet wurden.

Anschaffungskosten 31.12.2013	- Summe a und b -	119.890.164
Buchwert am Bilanzstichtag	- Summe a und b -	59.108.526



## D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

### I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	335.038.678	74.891	355.123	1.229.052
Forderungen an Kunden (A 4)	95.070.845	280.182.506	1.103.188.445	2.966.301.352

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind 456.479.331 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

in Euro	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	80.553.011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	376.945.067

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	8.429.353	8.669.476	10.072.963	9.262.526

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

in Euro	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht m.d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.966.063.434	2.966.063.434	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	42.459.977	22.762.758	19.697.219	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind wie im Vorjahr keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten, ebenso in der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**. Schuldverschreibungen i. H. v. 25,0 Mio. EUR Nominalvolumen wurden zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos mit Swaps zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

- In der Bilanzposition **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt ebenso wie der Marktwert 37.225.097 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 1.273.098 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
<b>Direkt</b>					
• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2013	9.500	2013	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2013	13.755	2012	304
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	40,7	2013	4.900	2012	428
<b>Indirekt</b>					
• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2013	676	2013	-
• AGO Betriebsges. f. Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2013	27	2012	580
• IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln	100,0	2013	25	2012	-2
• IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2013	25	2012	21
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,0	2013	39	2011	187

Der Gewinn 2013 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 4.519.650 EUR und der Gewinn 2013 der IS Immobilien Service GmbH in Höhe von 969.840 EUR wurden im Rahmen der bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge an die Bank abgeführt und sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und –verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in Euro	
Forderungen an Kunden	175.115.176
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	171.339
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.943.837

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 174.943.837 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 171.339 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in Euro	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	16.237.465
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.079.296

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	5.494.419
Steuererstattungsansprüche	1.451.980

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 1.610.546 EUR (Vorjahr 2.564.338 EUR) enthalten.
- Der nicht angesetzte **Überhang latenter Steuern** ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	26.250.387	68.736.703	334.815.921	740.010.483
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	-	47.830.745	863.265	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb)	557.567.055	486.442.804	42.984.310	17.012.699

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 48.732.148 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 75.000 EUR Verbindlichkeiten mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 4.159.515.643 EUR als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.218.337.559 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
noch nicht beglichene Rechnungen	680.310
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	418.101
Steuerverbindlichkeiten	167.291
Zinsanteile für Genussrechte	1.230.743

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 9.348.035 EUR (Vorjahr 10.985.990 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs.2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2013 wurde der Marktzinssatz mit Stand Oktober 2013 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	5,07 % zum 31.12.2012 (Stand Oktober 2012) 4,91 % zum 31.12.2013 (Stand Oktober 2013)

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

durchschnittliche Restlaufzeit	2,99 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	3,94 % zum 31.12.2012 (Stand Oktober 2012)
	3,68 % zum 31.12.2013 (Stand Oktober 2013)

- Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert, die bei der Nürnberger Lebensversicherung AG angelegt sind. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Rückdeckungsversicherungen, deren Aktivwerte in Höhe von 3.507.915 EUR Verpflichtungen in Höhe von 6.840.054 EUR gegenüberstehen. Aufwendungen von 648.614 EUR wurden mit Erträgen von 424.442 EUR verrechnet.

- Angaben zu Nachrangigen Verbindlichkeiten (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.7.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 7.332.665 EUR an.

- Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission	Nennbetrag	Währung
2005	22.700.000	EUR

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.986.375	4.239.635	22.855.662	8.698.076

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition in Euro	
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	108.285.415
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	580.365.634

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen werden. Bei den anderen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.



## II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in Euro	
Verwaltungs-/Treuhandkredite	1.435.425
Wertpapiergeschäft	2.626.398

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in Euro		
sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Miet- und Pächterträge	1.266.640
sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	694.745

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

## E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2013 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert negativ (-)
	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre		
zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps (gleiche Währung)	55	110	200	365	-35
OTC-Produkte					
Forward-Darlehen	56	43	-	99	7,2

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf:

in Euro	
für die Abschlussprüfungsleistungen	144.300
für andere Bestätigungsleistungen	32.825
für Steuerberatungsleistungen	1.634

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2013 maximal 15.370.932 EUR betragen.  
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2013 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2013 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 2.632.505 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 171.503 EUR.  
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 172.450 EUR, für die des Beirates 4.715 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in Euro	
Mitglieder des Vorstandes	-
Mitglieder des Aufsichtsrates	-

- Die Zahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
• Prokuristen	4	-
• Handlungsbevollmächtigte	5	-
• Angestellte	274	45
	<b>283</b>	<b>45</b>
Gewerbliche Mitarbeiter	2	9
	<b>285</b>	<b>54</b>

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen von mehr als 25 % am Grundkapital:  
Caritas-Stiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes: 25,5 %  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. und Stiftung Kronenkreuz: 25,5 %
- Zum 31.12.2013 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 628 Aktien (= 0,09 % des Grundkapitals) zu 746 EUR je Stück und 2.527 Aktien (= 0,36 % des Grundkapitals) zu 937 EUR je Stück angekauft, 370 Aktien wurden zu 746 EUR je Stück und 2.785 Aktien zu 937 EUR je Stück verkauft. Der Kursgewinn i. H. v. 49.278 EUR wurde den Kapitalrücklagen zugeführt.  
Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18.06.2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 17. Juni 2015.
- Im Bilanzgewinn von 61.821.910 EUR ist ein Gewinnvortrag von 41.048 EUR enthalten.
- Entwicklung der Rücklagen:

in Euro	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklagen
Stand per 1.1.2013	43.266.573	225.050.000
Zugang 2013 aus dem Bilanzgewinn 2012	-	44.500.000
Zugang 2013 Gewinn aus eigenen Aktien	49.278	-
Stand per 31.12.2013	43.315.851	269.550.000

### Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Hanauer Landstraße 115  
60314 Frankfurt/Main

### Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt (Vorsitzender), Bankkaufmann  
Dietmar Krüger, Bankkaufmann

### Mitglieder des Aufsichtsrates

**Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch, Vorsitzender**  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater  
**Wolfgang Altenbernd, stellv. Vorsitzender**  
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.  
**Martina Arends (seit 17.05.2013)**  
Vorstand, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
**Christian Graf von Bassewitz**  
Bankier i. R.  
**Dr. Robert Batkiewicz**  
Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland e. V.  
**Dr. Matthias Berger**  
Wirtschaftsprüfer  
**Dr. Norbert Emmerich (seit 17.05.2013)**  
Bundesschatzmeister, DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V.  
**Dr. Jörg Kruttschnitt (seit 17.05.2013)**  
Vorstand, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
**Hans-Jörg Millies**  
Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.  
**Hans-Peter Niemeier (bis 17.05.2013)**  
Vorstand, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
**Dr. Ulrich Schneider**  
Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Gesamtverband e. V.  
**Berthold Simons (bis 17.05.2013)**  
Kaufmännischer Direktor i.R.  
**Johannes Stockmeier**  
Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
**Michael Warman**  
Vorstand, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.  
**Prof. Dr. Manfred Willms (bis 17.05.2013)**  
Bundesschatzmeister a. D.

Berlin und Köln, 31. Januar 2014

Bank für Sozialwirtschaft AG  
Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt     Dietmar Krüger

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 18. März 2014

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Otte  
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Schmidt  
Wirtschaftsprüfer

# Geschäftsstellen und Repräsentanzen

## Zentrale

---

### 50668 Köln

Wörthstraße 15–17  
Telefon 0221.973 56-0  
Telefax 0221.973 56-478  
E-Mail [bfs@sozialbank.de](mailto:bfs@sozialbank.de)

## Geschäftsstellen

---

### 10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14  
Telefon 030.284 02-0  
Telefax 030.284 02-341  
E-Mail [bfsberlin@sozialbank.de](mailto:bfsberlin@sozialbank.de)

### 01097 Dresden

Theresienstraße 29  
Telefon 0351.899 39-0  
Telefax 0351.899 39-585  
E-Mail [bfsdresden@sozialbank.de](mailto:bfsdresden@sozialbank.de)

### 99084 Erfurt

Anger 66–73  
Telefon 0361.555 17-0  
Telefax 0361.555 17-579  
E-Mail [bferfurt@sozialbank.de](mailto:bferfurt@sozialbank.de)

### 45128 Essen

Huyssenallee 15  
Telefon 0201.245 80-0  
Telefax 0201.245 80-644  
E-Mail [bfsessen@sozialbank.de](mailto:bfsessen@sozialbank.de)

### 22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6  
Telefon 040.25 33 26-6  
Telefax 040.25 33 26-870  
E-Mail [bfs hamburg@sozialbank.de](mailto:bfs hamburg@sozialbank.de)

### 30177 Hannover

Podbielskistraße 166  
Telefon 0511.340 23-0  
Telefax 0511.340 23-523  
E-Mail [bfshannover@sozialbank.de](mailto:bfshannover@sozialbank.de)

### 76135 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6  
Telefon 0721.981 34-0  
Telefax 0721.981 34-688  
E-Mail [bfskarlsruhe@sozialbank.de](mailto:bfskarlsruhe@sozialbank.de)

### 50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)  
Telefon 0221.973 56-0  
Telefax 0221.973 56-177  
E-Mail [bfskoeln@sozialbank.de](mailto:bfskoeln@sozialbank.de)

### 04109 Leipzig

Neumarkt 9  
Telefon 0341.982 86-0  
Telefax 0341.982 86-543  
E-Mail [bfsleipzig@sozialbank.de](mailto:bfsleipzig@sozialbank.de)

### 39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2  
Am Wissenschaftshafen  
Telefon 0391.594 16-0  
Telefax 0391.594 16-539  
E-Mail [bfsmagdeburg@sozialbank.de](mailto:bfsmagdeburg@sozialbank.de)

### 55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park  
Rheinstraße 4 G  
Telefon 06131.204 90-0  
Telefax 06131.204 90-669  
E-Mail [bfsmainz@sozialbank.de](mailto:bfsmainz@sozialbank.de)

### 80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)  
Telefon 089.98 29 33-0  
Telefax 089.98 29 33-629  
E-Mail [bfsmuenchen@sozialbank.de](mailto:bfsmuenchen@sozialbank.de)

## Repräsentanzen

---

### 34117 Kassel

Obere Königsstraße 30  
Telefon 0561.51 09 16-0  
Telefax 0561.51 09 16-859  
E-Mail [bfskassel@sozialbank.de](mailto:bfskassel@sozialbank.de)

### 90489 Nürnberg

Königstraße 2  
Telefon 0911.43 33 00-0  
Telefax 0911.43 33 00-619  
E-Mail [bfsnuernberg@sozialbank.de](mailto:bfsnuernberg@sozialbank.de)

### 18055 Rostock

Mühlendamm 8b  
Telefon 0381.128 37 39-0  
Telefax 0381.128 37 39-869  
E-Mail [bfsrostock@sozialbank.de](mailto:bfsrostock@sozialbank.de)

### 70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10  
Telefon 0711.629 02-0  
Telefax 0711.629 02-699  
E-Mail [bfsstuttgart@sozialbank.de](mailto:bfsstuttgart@sozialbank.de)

## Europa-Büro der BFS

---

### B-1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6  
Telefon 0032.228 02 77-6  
Telefax 0032.228 02 77-8  
E-Mail [bfsbruessel@sozialbank.de](mailto:bfsbruessel@sozialbank.de)

## BFS Service GmbH

---

### 50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)  
Telefon 0221.973 56-160  
Telefax 0221.973 56-164  
E-Mail [bfs-service@sozialbank.de](mailto:bfs-service@sozialbank.de)

## IS Immobilien-Service GmbH

---

### 50668 Köln

Wörthstraße 15-17  
Telefon 0221.973 56-491  
Telefax 0221.973 56-249  
E-Mail [is@sozialbank.de](mailto:is@sozialbank.de)

## BFS Abrechnungs GmbH

---

### 31137 Hildesheim

Lavesstraße 12  
Telefon 05121.93 56 23-0  
Telefax 05121.93 56 23-99  
E-Mail [info@bfs-abrechnung.de](mailto:info@bfs-abrechnung.de)



# Impressum

## Herausgeber / Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft  
Wörthstraße 15-17  
50668 Köln  
Telefon 0221.973 56-0  
Telefax 0221.973 56-219  
bfs@sozialbank.de  
www.sozialbank.de

## Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt (Vorsitzender)  
Dietmar Krüger

## Aufsichtsratsvorsitzender

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

## Handelsregister

Köln HRB 29259  
Berlin HRB 64059  
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

## Gestaltung

Visual Department  
Konkordiastraße 61  
40219 Düsseldorf

## Druck

Theissen Medien Gruppe GmbH & Co. KG  
Am Kieswerk 3  
40789 Monheim





